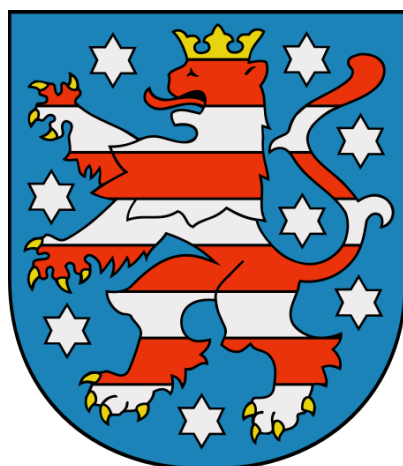


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2024

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Dr. Anne Küppers

Dr. Jörg Hebenstreit

Dr. Lars Vogel

Pierre Zissel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Institut für Politikwissenschaft

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA**



KOMREX

Zitiervorschlag:

Reiser, Marion / Küppers, Anne / Hebenstreit, Jörg / Vogel, Lars / Zissel, Pierre (2025) Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2024, Jena: Universität Jena & KomRex, ISBN 978-3-9813138-6-4.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
Vorwort	5
I. Einleitung.....	7
II. Demokratie: Einstellungen und Engagement	9
1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur	9
2. Institutionenvertrauen.....	14
3. Politische Partizipation.....	19
III. Rechtsextreme und populistische Einstellungen in Thüringen	21
1. Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen.....	21
2. Populismus, autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung...	26
3. Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus	33
IV. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen.....	34
1. Migrant:innenfeindlichkeit und feindliche Einstellungen gegenüber Geflüchteten.....	35
2. Muslim:innenfeindlichkeit	37
3. Antisemitismus.....	39
4. Geschlechtsbezogene menschenfeindliche Einstellungen.....	41
V. Fazit.....	44
Literaturverzeichnis.....	48
Anhang 1: Regressionsmodelle	53
Anhang 2: Stichprobeninformationen	56
Anhang 3: Methodik des THÜRINGEN-MONITORS	57
Anhang 4: Methoden-Glossar	60
Bisherige Thüringen-Monitore.....	63

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001-2024.....	9
Abb. 2	Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001-2024.....	12
Abb. 3	Demokratietypen 2001-2024	13
Abb. 4	Institutionenvertrauen 2000-2024.....	16
Abb. 5	Institutionenvertrauen in weitere Institutionen	17
Abb. 6	Formen legaler politischer Partizipation 2001-2024	19
Abb. 7	Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen	24
Abb. 8	Rechtsextreme, ethnozentrische & neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2024.	26
Abb. 9	Aussagen zur Messung populistischer, neurechter und rechtsextremer Einstellungen.....	29
Abb. 10	Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen.....	31
Abb. 11	Zustimmung zu abwertenden Aussagen gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten.....	36
Abb. 12	Migrant:innenfeindliche Einstellungen im Zeitverlauf 2001-2024	37
Abb. 13	Muslim:innenfeindliche Einstellungen im Zeitverlauf 2012-2024.....	38
Abb. 14	Antisemitische Einstellungen im Zeitverlauf 2001–2024	40
Abb. 15	Zustimmung zu geschlechtsbezogenen menschenfeindlichen Aussagen	42
Abb. 16	Einflussfaktoren auf die Demokratiezufriedenheit: 2023 und 2024 im Vergleich	53
Abb. 17	Einflussfaktoren auf das Institutionenvertrauen in die Bundes- und Landesregierung: 2023 und 2024 im Vergleich.....	54
Abb. 18	Einflussfaktoren rechtsextremer und -populistischer Einstellungen 2024.....	55

Vorwort

Der THÜRINGEN-MONITOR 2024 setzt mit dem mittlerweile 24. Gutachten die Langzeitbeobachtung der politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort. Im Zentrum der seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten Befragung der Thüringer Bevölkerung steht erneut die Untersuchung der Demokratiezufriedenheit und -unterstützung, des Institutionenvertrauens und der politischen Partizipation der Thüringer:innen. Ein weiterer Fokus liegt in der Analyse von Herausforderungen und Bedrohungen der Demokratie wie (Rechts-)Populismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Der THÜRINGEN-MONITOR 2024 weicht in diesem Jahr von den vorherigen Gutachten dadurch ab, dass es ausnahmsweise kein inhaltliches Schwerpunktthema gibt. Stattdessen liegt in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf der Datenerhebung und den methodischen Grundlagen des THÜRINGEN-MONITORS. So sind für Studien wie dem THÜRINGEN-MONITOR höchste methodische Standards eine unabdingbare Voraussetzung. Daher wird das Untersuchungsdesign regelmäßig evaluiert (vgl. Best et al. 2018; Best/Vogel 2022) und bei Bedarf an aktuelle Rahmenbedingungen angepasst. Vor dem Hintergrund der sich wandelnden Kommunikationsgewohnheiten haben wir beginnend mit dem hier vorliegenden THÜRINGEN-MONITOR 2024 eine erfolgreiche Umstellung des Erhebungsdesigns von einer reinen festnetzbasierter Befragung hin zu einem Mixed-Mode-Design aus festnetz- (CATI) und webbasierter (CAWI) Befragung vorgenommen. Ein ausführliches Methodengutachten, welches die Umstellung des Datenerhebungsverfahrens kritisch begleitet, wird voraussichtlich im Frühjahr 2025 erscheinen. Erste systematische Untersuchungen lassen jedoch keine systematischen Unterschiede zwischen den beiden Befragungsmodi (CATI vs. CAWI) erkennen, sodass zu diesem Zeitpunkt nicht von Verzerrungen der Ergebnisse aufgrund der Umstellung des Erhebungsdesigns auszugehen ist. Auf die Methodik des THÜRINGEN-MONITORS wird im Anhang ausführlicher eingegangen. Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert wie stets das Methoden-Glossar.

Der THÜRINGEN-MONITOR wird von der **Thüringer Staatskanzlei** gefördert. Die Grundlage ist eine repräsentative Befragung mit folgenden Eckdaten:

- Befragungszeitraum: 2. September bis 6. Oktober 2024
- Stichprobenziehung: Für die Festnetzbefragung erfolgt eine nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik quotierte Zufallsauswahl unter Thüringer:innen, die bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind. Die Auswahl von Festnetzanschlüssen erfolgt nach dem Gabler-Häder-Design. In der Gruppe der 18-44-Jährigen wurde zusätzlich eine webbasierte Befragung durchgeführt. Die Ziehung der Adressen der zu befragenden Personen basiert auf einer Einwohnermeldeamtsstichprobe in ca. 50 Thüringer Gemeinden.¹

¹ D. h., die Einwohnermeldeamtsstichprobe wird über eine zweistufige Ziehung realisiert. In einem ersten Schritt wird großensproportional zur Bevölkerung die Gemeinde gezogen und in einem zweiten Schritt werden die Personen innerhalb der Gemeinde zufällig ausgewählt.

- Stichprobengröße: 1.817 Befragte
- Datenerhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews von Festnetzanschlüssen (CATI) und webbasierte Interviews (CAWI)
- Gewichtung: Zunächst werden Designgewichte (nach dem Kalton-Anderson-Ansatz) berechnet und anschließend durch Anpassungsgewichte (u. a. nach Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße) modifiziert. Das finale Gewicht ergibt sich nach Normierung und Trimmen auf das 0,025- und 0,975-Perzentil.
- Fehlertoleranz: ca. eineinhalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent).

Wir danken Frau Prof. Kathrin Leuze und Dr. Thomas Ritter sowie dem gesamten Team des CATI-Labors am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die in diesem Jahr nicht nur die Befragung durchgeführt, sondern auch die Umstellung des Datenerhebungsverfahrens konzipiert und umgesetzt haben. Danken möchten wir auch der design.ideal aus Erfurt für die Erstellung des barrierefreien Dokuments sowie der GESIS in Mannheim für die methodische Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt Ines Schildhauer, Nathalie Neuberger sowie Vinzenz Waldmüller für ihre Unterstützung bei der Erstellung des Gutachtens.

Jena, im Dezember 2024

Marion Reiser

I. Einleitung

Gesellschaft und Politik standen 2024 vor erheblichen Herausforderungen, da sich politische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Krisen überlagerten: In Thüringen prägten der polarisierte Landtagswahlkampf und die Sorge um die Demokratie im Freistaat die öffentlichen Diskussionen. Ein weiteres politisches Beben folgte nach dem Ende dieser Befragung mit dem Bruch der Ampel-Koalition auf Bundesebene. Nach wie vor bleibt die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland verhalten (DIW 2024), während Tarifkonflikte und Stellenkürzungen viele Branchen erfassen (vgl. u. a. MDR 2024a, Tagesschau 2024a, ZDF 2024). Zudem sorgt der andauernde Krieg in der Ukraine und der seit Herbst 2023 eskalierte Krieg im Nahen Osten weiterhin für eine angespannte Weltlage. Nach dem durch die Hamas initiierten Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 stiegen in Deutschland die Zahlen antisemitischer Übergriffe stark an. So liegen laut Tagesschau (2024b) im laufenden Jahr doppelt so viele gemeldete Fälle vor wie im Vorjahr. Gleichzeitig warnt die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) davor, dass sich Antisemitismus zunehmend gewalttätig äußere (RIAS 2024). Auch in Thüringen spiegeln sich diese bundesweiten Entwicklungen wider: RIAS berichtet von einem deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle im Freistaat, die sich – entsprechend des bundesweiten Trends – vor allem seit dem 7. Oktober 2023 häufen und in einem direkten Bezug zum Terrorangriff der Hamas (RIAS Thüringen 2024) und Israels Reaktion hierauf stehen. Angesichts dieser Dynamik kommt dem Monitoring antisemitischer Einstellungen im Freistaat derzeit eine große Relevanz zu. Aber auch die fortdauernde Erfassung von Demokratiezufriedenheit und -unterstützung sowie der Verbreitung (rechts-)populistischer und rechtsextremer Einstellungen ist vor dem Hintergrund der beschriebenen Krisen sowie angesichts der Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu Beginn dieses Jahres (vgl. u. a. MDR 2024b, 2024c) weiterhin eine zentrale Aufgabe dieses Gutachtens.

Aufgrund einer aufwändigen Umstellung des Erhebungsdesigns des THÜRINGEN-MONITORS von einer reinen festnetzbasierter Befragung hin zu einem Mixed-Mode-Design aus festnetz- (CATI) und webbasierter (CAWI) Befragung, die in einem ausführlichen Methodengutachten vertiefend dargelegt werden wird, und der Tatsache, dass im Frühjahr 2024 das Gutachten des THÜRINGEN-MONITORS 2023 erschienen ist, beschränkt sich der THÜRINGEN-MONITOR 2024 auf ein Kurzgutachten. Dieses verzichtet auf die sonst übliche Schwerpunktbefragung zu einem aktuellen Thema und fokussiert ausschließlich auf das sogenannte „Standbein“ des THÜRINGEN-MONITORS. Entsprechend steht die Analyse der aktuellen politischen Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus im Zentrum sowie die Untersuchung der Entwicklung der politischen Kultur im Freistaat durch eine lückenlose Fortschreibung der Langzeitreihen.

In Kapitel II nimmt der THÜRINGEN-MONITOR zunächst die politische Unterstützung der Thüringer:innen in den Blick. Im ersten Teilkapitel wird beleuchtet, inwieweit die Befragten die Demokratie unterstützen, wie zufrieden sie mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis sind und wie sich diese Einstellungen in den vergangenen 24 Jahren verändert haben. Das

zweite Teilkapitel beschäftigt sich mit dem politischen Vertrauen der Thüringer:innen in zentrale politische Institutionen wie Bundes- und Landesregierung, Parlamente und die Polizei. Im dritten Teilkapitel wird schließlich die politische Beteiligung der Thüringer:innen analysiert.

Wie seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 üblich, liegt der Schwerpunkt des folgenden Kapitels auf der Messung rechtsextremer Einstellungen, deren langzeitlicher Entwicklung und den zentralen Einflussfaktoren dieser Einstellungen. Hinzu kommt seit dem Gutachten 2021 ein Fokus auf die Verbindung von rechtsextremen Einstellungen mit populistischen und neurechten Einstellungen (Kapitel III.2).

Daran schließt sich in Kapitel IV die inhaltliche Analyse zum Themenkomplex der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit an. Entsprechend werden die Einstellungen der Thüringer:innen zu Migration, Islam, Antisemitismus sowie Frauen- und Transfeindlichkeit näher unter die Lupe genommen.

Kapitel V fasst die zentralen Befunde des diesjährigen Gutachtens zusammen.

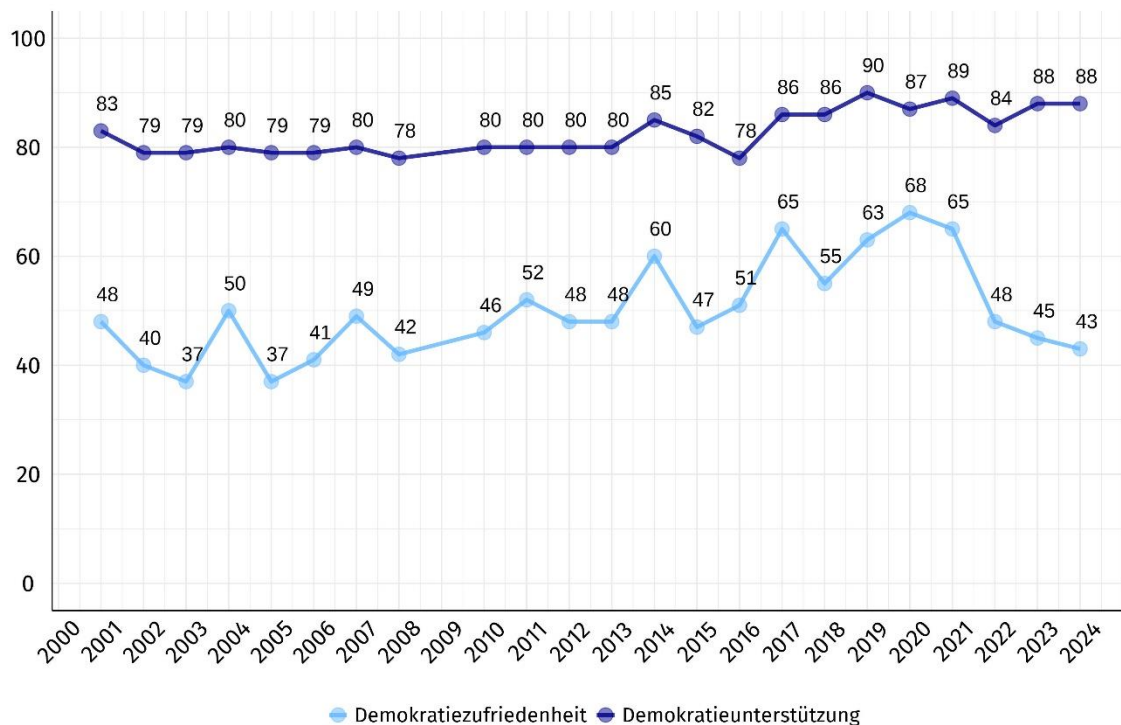
Im Anhang des Gutachtens wird auf die Methodik des THÜRINGEN-MONITORS ausführlicher eingegangen. Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert wie stets das Methoden-Glossar. Bei den gerundeten Prozentangaben im Text handelt es sich, sofern nicht anders angegeben, um gültige Prozente, d. h. die Antwortkategorien „weiß nicht“, „keine Angabe“ und „trifft nicht zu“ werden aus den Analysen ausgeschlossen. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im separaten Tabellenband dokumentiert.

II. Demokratie: Einstellungen und Engagement

1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur

Um effektiv funktionieren sowie langfristig stabil bleiben zu können, sind Demokratien auf Unterstützung durch die Bürger:innen angewiesen. Diese Unterstützung kann sich sowohl in Form konkreter politischer Partizipation (z. B. die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen) ausdrücken als auch dadurch, dass demokratische Verfassungsordnungen, Institutionen und Prozesse als wünschenswert sowie legitim erachtet werden.² Um Aussagen zu letzterem Aspekt treffen zu können, wird im THÜRINGEN-MONITOR die Demokratieunterstützung, gemessen als Zustimmung zur Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“, erhoben. Aus Abb. 1 geht hervor, dass die Befürwortung dieser Aussage im Vergleich zur Vorjahresehebung konstant geblieben ist und nach wie vor auf einem sehr hohen Zustimmungsniveau (88 Prozent) liegt. Die aktuell gemessene Befürwortung der Staatsform Demokratie liegt damit fünf Prozentpunkte oberhalb des langjährigen Durchschnitts der Zeitreihe. Nicht zuletzt verdeutlicht ein Blick auf diese Zeitreihe, dass die Demokratieunterstützung innerhalb der Bevölkerung kaum nennenswerten Schwankungen unterliegt und seit den 2010er Jahren im Durchschnitt tendenziell an Zustimmung gewonnen hat. Gleichzeitig gilt es jedoch auch festzuhalten, dass immerhin 12 Prozent der Befragten die Demokratie nicht als die beste Staatsform ansehen und somit die Legitimität der Demokratie infrage stellen.

Abb. 1 *Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001-2024 (in Prozent)*



² Für eine ausführlichere Theoriediskussion des Ansatzes politischer Unterstützung ist auf die Demokratiekapitel der vergangenen THÜRINGEN-MONITORE sowie insbesondere die Arbeiten von Easton (1965, 1975) verwiesen.

Ein gänzlich anderes Bild ergibt sich hingegen im Falle der Demokratiezufriedenheit. Anders als die Demokratieunterstützung fragt diese nach der Zufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“. Es handelt sich demnach um einen stärker leistungsbezogenen, auch an kurzfristigeren Entwicklungen interessierten Indikator. Wie aus Abb. 1 hervorgeht, verharrt die Zufriedenheit mit der Demokratie weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (43 Prozent). Nach einem im Jahr 2021 einsetzenden deutlichen Abwärtstrend verfestigt sich der Zufriedenheitswert nun unterhalb der demokratietheoretisch bedeutsamen 50-Prozent-Schwelle. Die Anzahl der Unzufriedenen ist demnach größer als diejenige der Zufriedenen, weshalb präzisierend eine mehrheitliche Demokratieunzufriedenheit konstatiert werden muss. Der aktuell gemessene Wert liegt darüber hinaus nicht nur 25 Prozentpunkte unterhalb des im Jahr 2020 gemessenen Zufriedenheitsniveaus (68 Prozent), sondern auch deutlich (minus 12 Prozentpunkte) unterhalb des Zeitreihenmittelwertes der letzten zehn Jahre. Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen der Leipziger Autoritarismus-Studie, die – mit leicht abweichender Messung – deutschlandweit ebenfalls einen „massiven Rückgang“ (Decker et al. 2024, 73) der Demokratiezufriedenheit verzeichnet hat. Im Falle des THÜRINGEN-MONITORS sei jedoch ebenso darauf verwiesen, dass sich die hohen Ausgangswerte im Jahr 2020 infolge eines „Rally around the flag-Effektes“ ergeben, der dazu führte, dass insbesondere die exekutiven Institutionen in der (frühen) Phase der Corona-Pandemie besonders hohe Anspruchswerte erhielten, die in der Konsequenz auch zu hohen (Demokratie-)Zufriedenheitswerten führten (Dietz et al. 2021). Insofern sollte das hohe Ausgangsniveau aufgrund des Erhebungszeitpunktes bei der Interpretation berücksichtigt werden (vgl. dazu Hebenstreit/Reiser 2023, 749). Kommende THÜRINGEN-MONITORE werden zudem eine Antwort auf die Frage geben können, ob sich der zu beobachtende Abwärtstrend weiter verfestigt und die Zufriedenheitswerte möglicherweise auf das Niveau zu Beginn der 2000er Jahre (z. B. 37 Prozent in den Jahren 2003 und 2005) absinken werden.

Auf Grundlage weiterführender statistischer Analysen (vgl. Abb. 16 im Anhang) wird deutlich, dass sich ein höheres Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung, eine höhere Responsivitätswahrnehmung sowie eine bessere Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen positiv auf die Bewertung des gegenwärtigen Funktionierens der Demokratie auswirken. Umgekehrt führt eine als niedrig eingeschätzte externe politische Selbstwirksamkeit („Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“), das Gefühl, nicht den gerechten Anteil zu erhalten (relative Deprivation), die Angst, „durch die gesellschaftlichen Entwicklungen immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (Statusverlustangst), eine rechte ideologische Selbstverortung sowie ein höheres Alter und interessanterweise auch ein höheres Bildungsniveau³ statistisch betrachtet zu einer niedrigeren Demokratiezufriedenheit. Als die drei einflussreichsten Erklärungsvariablen erweisen sich die Responsivitätswahrnehmung („Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“), das Vertrauen in die Landesregierung und an erster Stelle das Vertrauen in die Bundesregierung.

³ Ein solcher Befund ist in der Wissenschaft nicht neu und wurde auch in früheren THÜRINGEN-MONITOREN bereits verzeichnet (Hebenstreit et al. 2022, 68). Als Erklärung wird unter anderem eine höhere Erwartungshaltung an das Funktionieren der Demokratie (Vgl. „Critical Citizens-These“, Norris 2011) angeführt. Es handelt sich darüber hinaus um den schwächsten Effekt des Regressionsmodells, der zudem nur knapp signifikant ist, weshalb von einer statistischen „Überinterpretation“ abgesehen werden sollte.

Darin spiegelt sich vermutlich auch eine hohe Unzufriedenheit mit der Arbeit der Ampel-Koalition (siehe z. B. die Streitfragen zur Schuldenbremse sowie zum Haushalts- oder Gebäudeenergiegesetz⁴) wider, welche die niedrigen Demokratiezufriedenheitswerte aus einer performanzbasierten Perspektive zumindest in Teilen erklären kann. Jene performanzbasierten Indikatoren erweisen sich darüber hinaus auch aus der Längsschnittperspektive des THÜRINGEN-MONITORS immer wieder als signifikant (Hebenstreit/Reiser 2023, 751).

Nicht unbeachtet darf schließlich die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit bleiben. Noch nie seit Erhebungsbeginn des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2000 wurde eine derart hohe Differenz (45 Prozentpunkte) zwischen beiden Indikatoren verzeichnet. Hierin kommt eine immer stärker werdende Diskrepanz zwischen dem Idealbild „Demokratie“ und der Wahrnehmung, wie diese tatsächlich „in der Praxis funktioniert“ zum Ausdruck. Wie Abb. 1 verdeutlicht, führt ein Rückgang der Demokratiezufriedenheit zwar nicht automatisch zu einem Absinken der Demokratieunterstützung, doch dieses „reservoir of favorable attitudes or good will“ (Easton 1965, 273), das ein politisches System auch dann stabil bleiben lässt, wenn die Unzufriedenheit mit spezifischen Amtsinhaber:innen und politischen Entscheidungen erheblich sein mag, ist nicht unbegrenzt gefüllt. Und so besteht die Gefahr, dass bei anhaltender Unzufriedenheit mit den konkreten Leistungen der in einem System handelnden Akteur:innen auch die Frage nach der Eignung und Legitimität des politischen Systems selbst gestellt wird.

Dass trotz der beachtlichen Demokratieunzufriedenheit alternative Staats- und Gesellschaftsordnungen unter den Befragten gegenwärtig über keinerlei Konjunktur verfügen, wird aus Abb. 2 ersichtlich. So zeigt sich seit dem Jahr 2001 für alle im THÜRINGEN-MONITOR erhobenen Indikatoren ein einheitliches Bild: Zum einen sind alle Zustimmungswerte im Vergleich zur Vorjahreserhebung konstant geblieben und zum anderen liegen diese aktuell sowohl unterhalb des langjährigen als auch 10-jährigen Zeitreihenmittelwertes. Am ehesten stimmen die Befragten der Aussage zu, dass „die DDR mehr gute als schlechte Seiten“ hatte (41 Prozent). Mit Blick auf die gesamte Zeitreihe ist jedoch festzuhalten, dass die Befürwortung dieser Aussage seit Mitte der 2000er Jahre einem nahezu linearen Abwärtstrend unterliegt und vom bisherigen Höchstwert (58 Prozent, 2005) aktuell mittlerweile 17 Prozentpunkte entfernt ist. Spätestens seit 2015 ist eine Mehrheit der Thüringer:innen auch der Meinung, dass die DDR *nicht* mehr gute als schlechte Seiten hatte. Die Zustimmung zu den Aussagen „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“, „im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ sowie „der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ bewegt sich auf einem für alle Zeitreihen vergleichsweise (sehr) niedrigem Niveau.⁵

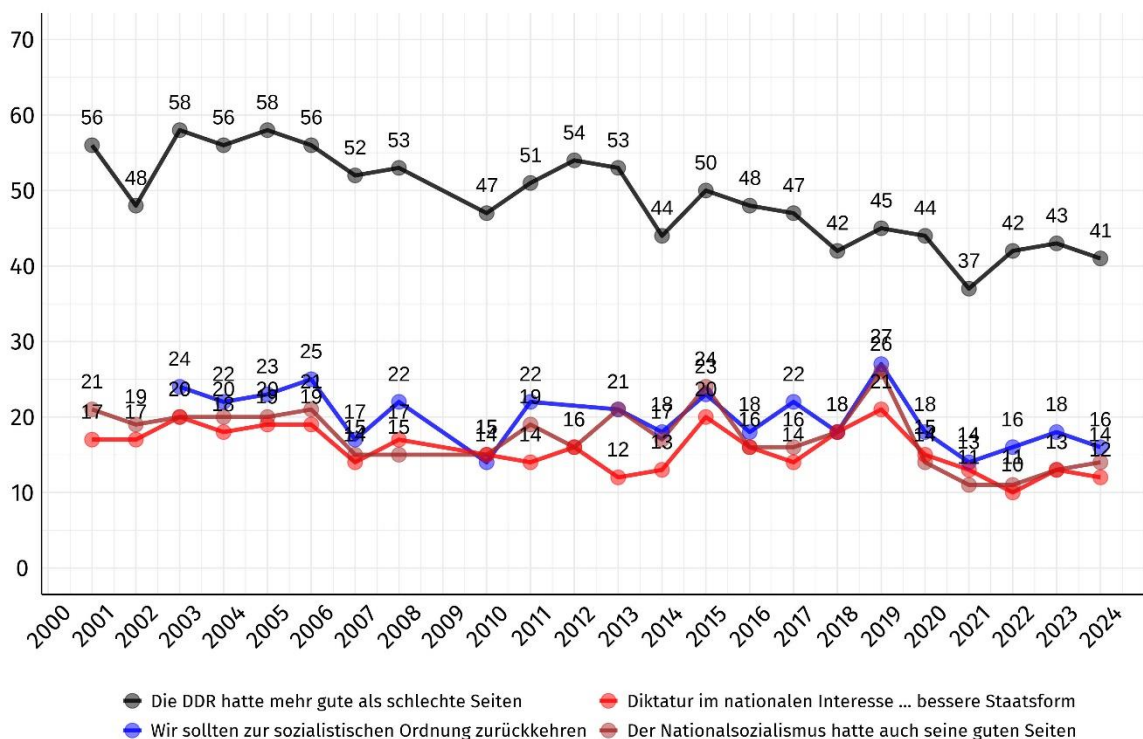
Es zeigt sich folglich, dass die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie nicht automatisch zur Befürwortung alternativer Gesellschaftsordnungen führt – eine Beobachtung, die sich auch mit den Ergebnissen weiterführender statistischer Analysen deckt. Mit Blick auf die Demokratiezufriedenheit zeigt sich lediglich im Falle der Diktaturbefürwortung

⁴ Umgangssprachlich auch als „Heizungsgesetz“ bezeichnet.

⁵ Für eine Verfestigung dieses Trends innerhalb der letzten fünf Erhebungswellen sprechen auch die Standardabweichungen, die sich für alle drei Indikatoren lediglich im Bereich von 1,5-1,8 Prozentpunkten bewegen.

ein signifikanter Effekt, aber auch dieser ist der schwächste aller statistisch belastbaren Erklärungsfaktoren. Ganz anders im Falle der Demokratieunterstützung: Wer die Demokratie als beste aller Staatsideen ablehnt, befürwortet die vier abgebildeten Aussagen erwartungsgemäß signifikant stärker als andere Befragte, was den Erkenntnissen deutschlandweiter Studien entspricht (vgl. Hebenstreit et al. 2025). Im Falle der Diktatur- und NS-Bewertung handelt es sich sogar um den stärksten aller untersuchten Faktoren. Als eine ebenfalls erklärungsstarke wie auch stets signifikante Variable erweist sich zudem die Statusverlustangst („Angst auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“). Je höher diese ausgeprägt ist, desto eher befürworten Befragte auch alternative Staats- und Gesellschaftsordnungen. Erwartungsgemäß wirkt sich auch das Gefühl der Ostdeprivation (Zustimmung zu den Aussagen „Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen“ sowie „Ostdeutsche werden von Westdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandelt“) verstärkend auf eine positive Bewertung der DDR sowie die Forderung, zur sozialistischen Ordnung zurückzukehren, aus.

Abb. 2 *Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001-2024*
(Zustimmung zu den Aussagen in Prozent)

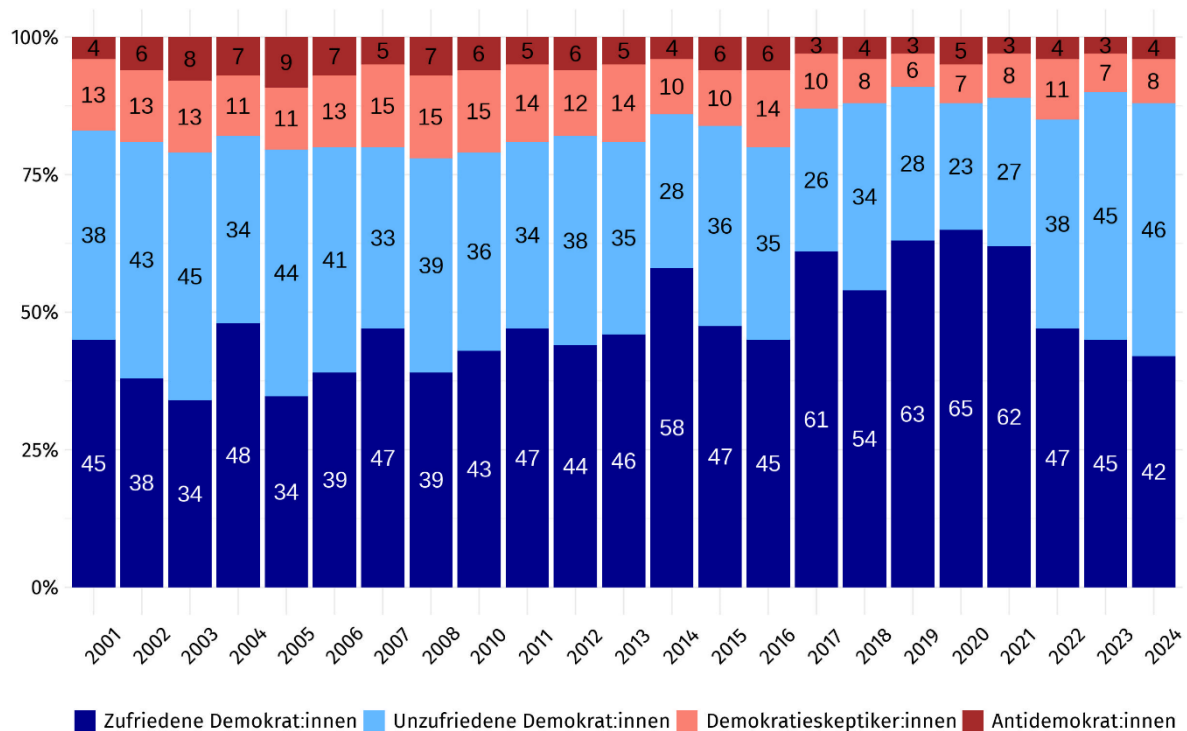


Kombiniert man in einem nächsten Schritt die Diktaturbewertung mit der eingangs besprochenen Demokratieunterstützung sowie der Demokratiezufriedenheit, lässt sich eine im THÜRINGEN-MONITOR seit vielen Jahren verwendete Demokratietypologie⁶ errechnen (vgl. Abb. 3). Es zeigt sich zunächst, dass die Gruppe der „zufriedenen Demokrat:innen“ seit 2020 ein viertes

⁶ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als beste Staatsidee bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedene Demokraten“. Auch „unzufriedene Demokraten“ bejahen die Demokratie als beste Staatsidee, bewerten jedoch ihr Funktionieren negativ. Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, aber eine nationale Diktatur nicht als bessere Staatsform ansieht, kann als „Demokratiesteskeptiker“ gelten. „Antidemokraten“ lehnen die Demokratie als beste Staatsidee ab und bejahen eine nationale Diktatur als bessere Staatsform.

Mal in Folge auf gegenwärtig 42 Prozent sinkt. Im Vergleich zur Vorjahreserhebung beläuft sich der Rückgang auf drei, im Vergleich zum Jahr 2020 sogar auf beachtliche 23 Prozentpunkte – wengleich auch an dieser Stelle auf den „rally around the flag-Effekt“ während der Corona-Pandemie hingewiesen werden soll, der zu den vergleichsweise hohen Werten im Jahr 2020 geführt hat. Mit 46 Prozent bilden die „unzufriedenen Demokrat:innen“ gegenwärtig den größten Personenkreis in der Demokratietypologie des THÜRINGEN-MONITORS. Dieser Wert markiert im Zeitreihenvergleich darüber hinaus den bislang größten gemessenen Prozentsatz für diesen Demokratietyp. Hingegen ist die Anzahl der „Demokratiskeptiker:innen“ (8 Prozent) sowie „Antidemokrat:innen“ (4 Prozent) im Vergleich zur Erhebung des vergangenen Jahres stabil geblieben. Die aktuell gemessenen Werte bewegen sich darüber hinaus – wengleich nur minimal – auch unterhalb ihrer langjährigen Zeitreihenmittelwerte.

Abb. 3 *Demokratietypen 2001-2024*
(in Prozent)



Auf Grundlage weiterführender statistischer Auswertungen zeigt sich, dass Antidemokrat:innen sowie Demokratiskeptiker:innen im Durchschnitt über ein geringeres Vertrauen in die Landes- als auch Bundesregierung verfügen sowie überdurchschnittlich häufig Statusverlustängste äußern. Ebenso zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen einer schlechten Bewertung der individuellen als auch gesamtwirtschaftlichen Lage einerseits und der Unterstützung demokratischer beziehungsweise antidemokratischer Positionen andererseits. Ferner zeigt sich, dass diejenigen, die das Gefühl haben, durch die Wiedervereinigung Deutschlands langfristig benachteiligt worden zu sein, sowie den Eindruck haben, dass sich Politiker:innen nicht um die Interessen der Bevölkerung bemühen (Responsivität), deutlich häufiger demokratiskeptische bzw. antidemokratische Positionen haben. Dies gilt schließlich auch für den eng mit

dem Responsivitätsgefühl im Zusammenhang stehenden Indikator der externen politischen Selbstwirksamkeit („Leute wie ich, haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“).

2. Institutionenvertrauen

Bereits seit der ersten Erhebung des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2000 wird stets auch das Vertrauen in zentrale Institutionen – und damit ein weiterer Standardindikator der politischen Kulturforschung – erhoben (vgl. Abb. 4). Im Falle der Bundesregierung, die während des Erhebungszeitraumes (2. September bis 6. Oktober 2024) noch nicht auseinandergebrochen war, zeigt sich im Vergleich zur Vorjahreseerhebung eine gewisse Konstanz. Mit einem Vertrauenswert von 19 Prozent konnte der Abwärtstrend der letzten Jahre gegenwärtig gestoppt werden. Nichtsdestotrotz befindet sich der aktuell gemessene Wert deutlich unterhalb des langjährigen (26 Prozent) sowie 10-jährigen (29 Prozent) Zeitreihenmittelwertes. Zudem liegt das Vertrauensniveau zum ersten Mal seit Beginn der Messreihe zwei Jahre in Folge unterhalb der Vertrauensmarke von 20 Prozent – nach wie vor vertraut demzufolge nicht einmal jede:r fünfte Thüringer:in der Arbeit der Bundesregierung. Unter allen abgefragten Institutionen verfügt sie daher über das geringste Ausmaß an Vertrauen. Als Gründe hierfür können eine hohe Zerstrittenheit innerhalb der Ampel-Koalition, eine als gering wahrgenommene Produktivität, insbesondere in Fragen der Wirtschaftspolitik sowie umstrittene Gesetzentwürfe und Politiken (z. B. Haushalts- oder Gebäudeenergiegesetz, Inflation, Wirtschaftspolitik sowie die Diskussionen um die Schuldenbremse) angeführt werden. Dass die Arbeit der Bundesregierung generell eher als schlecht bewertet wird, zeigt sich auch in den Daten des regelmäßig erhobenen Politbarometers. Hier gaben im Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS knapp 72 Prozent aller Befragten an, dass sie die Arbeit der Bundesregierung als „eher schlecht“ bewerten – nur 25 Prozent waren hingegen der Auffassung, dass sie ihre „Arbeit eher gut mache“ (Forschungsgruppe Wahlen 2024).

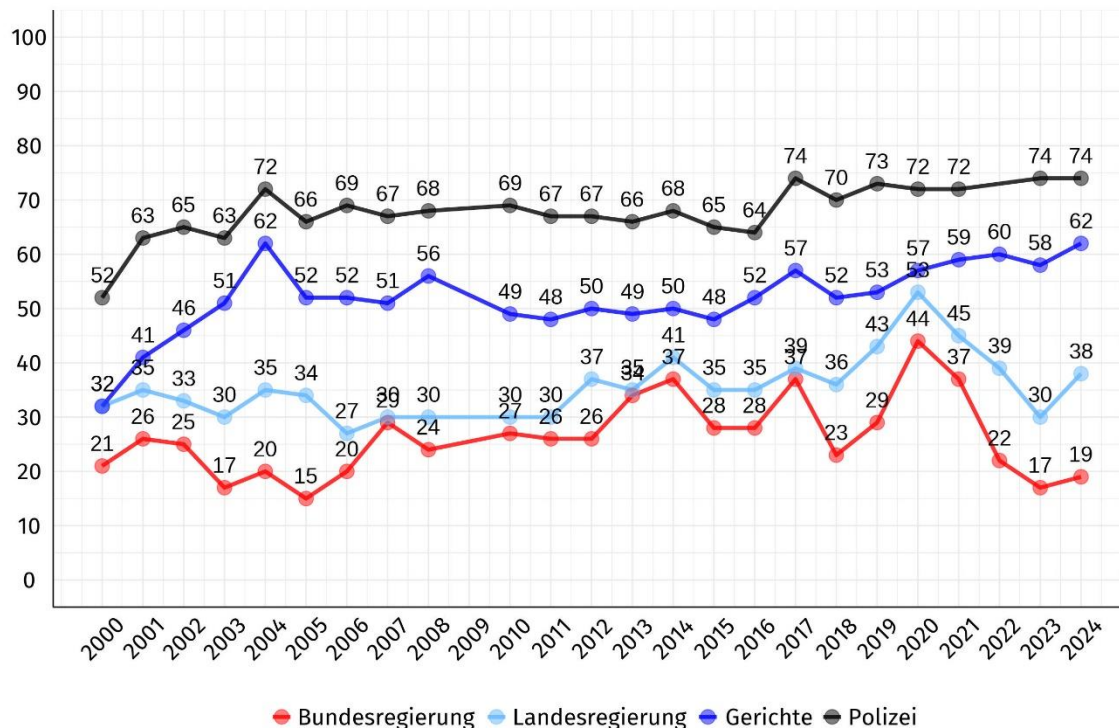
Weiter untermauert werden diese Eindrücke auf Grundlage weiterführender statistischer Untersuchungen (vgl. Abb. 17 im Anhang). In ihnen zeigt sich, dass sowohl die Demokratiezufriedenheit als auch die Responsivitätswahrnehmung stark mit dem Vertrauen in die Bundesregierung in Zusammenhang stehen. Je unzufriedener die Befragten mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie sind und je weniger sie den Eindruck haben, dass sich die Politiker:innen im Allgemeinen darum bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, desto geringer fällt auch das Vertrauen in die Regierungskoalition aus. Als ebenfalls vertrauensmindernd, aber weniger stark, erweisen sich eine niedrige externe politische Selbstwirksamkeit, eine rechte ideologische Selbstverortung sowie ein ausgeprägtes Gefühl der Ostdeprivation. Weibliche Befragte sowie Befragte mit höheren Bildungsabschlüssen verfügen im Durchschnitt über ein signifikant höheres Vertrauen in die Bundesregierung.

Im Falle der Thüringer Landesregierung kehrt sich der in den letzten Erhebungen zu beobachtende Abwärtstrend des Institutionenvertrauens gegenwärtig deutlich um. So ist im Vergleich zur Vorjahreseerhebung ein Anstieg um acht Prozentpunkte auf gegenwärtig 38 Prozent festzu-

halten. Dieser Anstieg markiert aus einer langfristigen Zeitreihenperspektive den bislang größten Vertrauenszuwachs für die Landesregierung innerhalb von nur zwölf Monaten. Als Erklärung kommt das zeitliche Zusammenfallen zweier Faktoren infrage: Zum einen war die Unzufriedenheit mit der seit dem Jahr 2020 regierenden rot-rot-grünen-Minderheitskoalition innerhalb der Thüringer Bevölkerung erheblich. Dies verdeutlichen nicht nur die Zeitreihendaten des THÜRINGEN-MONITORS, sondern auch die Ergebnisse des von infratest dimap im August 2024 durchgeführten Thüringen TRENDS. Aus diesem geht hervor, dass die Anzahl derjenigen, die mit der Arbeit der Landesregierung „zufrieden“ waren (39 Prozent), den niedrigsten Wert seit der ersten Erhebung der Zeitreihe im Jahr 1999 einnahm (infratest dimap 2024). Zum anderen zeigt sich in empirischen Studien, dass das Institutionenvertrauen nach Wahlen häufig aufgrund neu begründeter Hoffnung der Bürger:innen nach Veränderungen ansteigt (Hooghe/Stiers 2016). Trotz des starken Vertrauenszuwachses sei darauf hingewiesen, dass das Vertrauensniveau nach wie vor deutlich unterhalb der demokratietheoretisch bedeutsamen 50-Prozent-Marke liegt. Dies ist für den Thüringer Fall jedoch mit Ausnahme des Jahres 2020 (53 Prozent), in welchem sich der hohe Vertrauenswert mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den sogenannten „rally around the flag-Effekt“ während der Corona-Pandemie zurückführen lässt, jedoch die Regel. Entsprechend liegt der aktuell gemessene Wert drei Prozentpunkte oberhalb des langjährigen Zeitreihenmittelwertes (36 Prozent).

Als mit dem Vertrauen in die Landesregierung stark im Zusammenhang stehender Faktor erweist sich auf Grundlage weiterführender statistischer Analysen (vgl. Abb. 17 im Anhang) die Demokratiezufriedenheit der Befragten. Ähnlich stark ist der Zusammenhang mit der Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse. Je weiter rechts sich ein:e Befragte:r auf dieser Links-Rechts-Achse einstuft, desto weniger vertraut sie im Durchschnitt der Landesregierung. Dass der Indikator des Institutionenvertrauens unter anderem als Performanzbewertung verstanden werden kann, zeigt sich auch an der hohen Effektstärke der Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen. Je besser diese eingestuft wird, umso höher fällt auch das Vertrauen in die Landesregierung aus. Wie im Falle der Bundesregierung erweisen sich darüber hinaus eine niedrige externe politische Selbstwirksamkeit („Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“), ein wahrgenommener Mangel an Responsivität („Die Politiker bemühen sich im Allgemeine darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“) sowie das Gefühl der Ostdeprivation (Zustimmung zu Aussagen „Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen“ sowie „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“) als vertrauensmindernd.

Abb. 4 Institutionenvertrauen 2000-2024
(in Prozent; „vertraue voll und ganz“ & „vertraue weitgehend“ zusammengefasst)

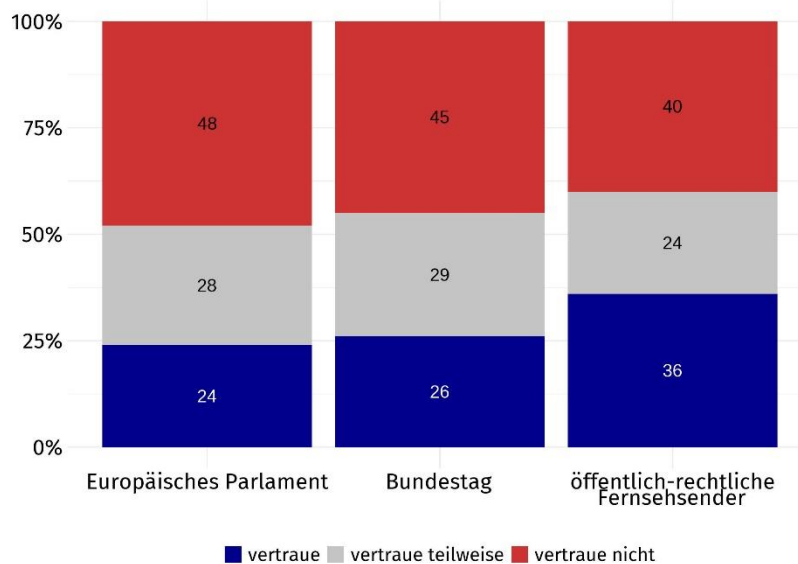


Wie bereits in den Vorjahreserhebungen erweist sich die Entwicklung des Institutionenvertrauens in Gerichte und die Polizei als von den eben besprochenen Kurvenverläufen entkoppelt. Dies betrifft nicht nur die Richtung des Vertrauensniveaus, sondern auch dessen generelle Höhe. Im Falle des Vertrauens in die Gerichte wird der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2004 (62 Prozent) in der aktuellen Erhebung eingestellt und es lässt sich im Vergleich zum Vorjahr (58 Prozent) ein signifikanter Anstieg um vier Prozentpunkte verzeichnen. Darüber hinaus kann innerhalb der letzten zehn Jahre ein im Schnitt stetiger Anstieg des Vertrauens in die Gerichte festgestellt werden. So hat sich der Anteil derjenigen, die vertrauen, im besagten Zeitraum um zwölf Prozentpunkte (von 50 auf 62 Prozent) erhöht. Noch deutlicher wird dieser Trend im Vergleich zum gesamten Erhebungszeitraum. In jenem hat sich das Vertrauen in die Gerichte sogar nahezu verdoppelt (von 32 auf aktuell 62 Prozent).

Als noch höher erweist sich traditionell das Vertrauen in die Polizei. Dieses ist im Vergleich der letzten fünf Erhebungswellen mit 74 Prozent praktisch konstant geblieben (Standardabweichung: 0,8 Prozentpunkte), weshalb von einer Verfestigung des Vertrauens in die Polizei auf einem sehr hohen Niveau gesprochen werden kann. Knapp drei von vier Thüringer:innen schenken der Arbeit der Polizei ihr Vertrauen. Aus der erheblichen Differenz der Vertrauenswerte von 55 Prozentpunkten zwischen Polizei (74 Prozent) und Bundesregierung (19 Prozent) wird darüber hinaus deutlich, dass das Institutionenvertrauen der Thüringer:innen stark variiert. Die Thüringer Ergebnisse entsprechen dabei dem regelmäßig in der Forschung festgestellten Muster, dass sogenannten regulativen Institutionen (Gerichte, Polizei) in der Regel deutlich mehr

vertraut wird als sogenannten parteienstaatlichen Institutionen (Bundesregierung, Landesregierung) (vgl. dazu u. a. Hebenstreit et al. 2023, 131; Zmerli 2020, 257).

Abb. 5 *Institutionenvertrauen in weitere Institutionen*
(in Prozent)



Neben diesen vier Kerninstitutionen des politischen Systems werden im THÜRINGEN-MONITOR auf einer sich wechselnden Basis weitere Institutionen untersucht. Im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR handelt es sich dabei um den Bundestag, das Europäische Parlament sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (vgl. Abb. 5). Mit Blick auf den Bundestag zeigt sich, dass diesem aktuell etwa ein Viertel (26 Prozent) aller Thüringer:innen vertrauen. 29 Prozent gaben an, dass sie dem deutschen Parlament nur teilweise ihr Vertrauen schenken. Insgesamt 45 Prozent – und damit nahezu die Hälfte aller Befragten – geben indes an, dass sie dem Bundestag nicht vertrauen. Dies markiert den höchsten Wert an fehlendem Vertrauen für diese Institution im Vergleich zu früheren Erhebungen im THÜRINGEN-MONITOR.⁷ Dass nationalen Parlamenten im Schnitt mehr Vertrauen entgegengebracht wird als nationalen Regierungen, ist ein häufig dokumentierter Befund, der sich auch im jüngsten Bericht des europaweit erhobenen Eurobarometers zeigt (Europäische Kommission 2024, 11). Auf einem ähnlichen Niveau liegt das Vertrauen in das europäische Parlament (24 Prozent). Demnach schenkt knapp jede:r vierte Thüringer:in der supranationalen Institution sein Vertrauen. Zum Vergleich: Im THÜRINGEN-MONITOR 2014, der den Schwerpunkt „Die Thüringer als Europäer“ trug, belief sich das Vertrauen in das Europäische Parlament auf 27 Prozent (plus drei Prozentpunkte; vertraue teilweise: 41 Prozent; vertraue nicht: 32 Prozent). Dass einer europäischen Institution mehr Vertrauen als der nationalen Regierung geschenkt wird, ist ebenfalls ein Befund, der sich in derselben Weise im jüngsten Eurobarometer wiederfindet (Europäische Kommission 2024, 11).

⁷ Bei früheren Erhebungen im THÜRINGEN-MONITOR verteilte sich das Vertrauen in den Bundestag zum Vergleich wie folgt: 2003 = 20 Prozent, 2006 = 21 Prozent, 2007 = 27 Prozent, 2010 = 31 Prozent sowie 2017 = 34 Prozent.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vertrauen im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR lediglich etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Thüringer:innen. Demgegenüber steht eine deutlich größere Gruppe von Befragten, die angeben, dieser Institution entweder nur „teilweise“ (24 Prozent) oder „gar nicht“ (40 Prozent) zu vertrauen. Dies stellt einen äußerst interessanten Befund dar, denn ein Blick in vergangene Monitordaten verdeutlicht, dass sich das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender in den letzten 20 Jahren praktisch vollständig umgekehrt hat. So gaben im Jahr 2003 nicht wie heute nur knapp ein Drittel, sondern exakt zwei Drittel (66 Prozent, Differenz zu 2024: 30 Prozentpunkte) aller Thüringer:innen an, dass sie den öffentlich-rechtlichen Medien ihr Vertrauen schenken. Gerade einmal vier Prozent der Befragten im Jahr 2003 berichteten, „kein“ Vertrauen zu besitzen – im Jahr 2024 ist dieser Wert exakt zehn Mal so groß (40 Prozent). Dass die Erhebung des Jahres 2003 keinen Ausreißer darstellt, sondern der Vertrauensverlust in das öffentlich-rechtliche Fernsehen einem nahezu linearen Abwärtstrend folgt, zeigt auch die Erhebung derselben Frage im Jahr 2016. Hier gab bereits nur noch knapp die Hälfte (49 Prozent) aller Befragten an, dass sie dieser Institution vertrauen und lediglich 19 Prozent der Thüringer:innen gaben ein fehlendes Vertrauen an. Worin die Gründe für diesen enormen Vertrauensverlust zu suchen sind, lässt sich jedoch ohne weiterführende Daten nicht beantworten.

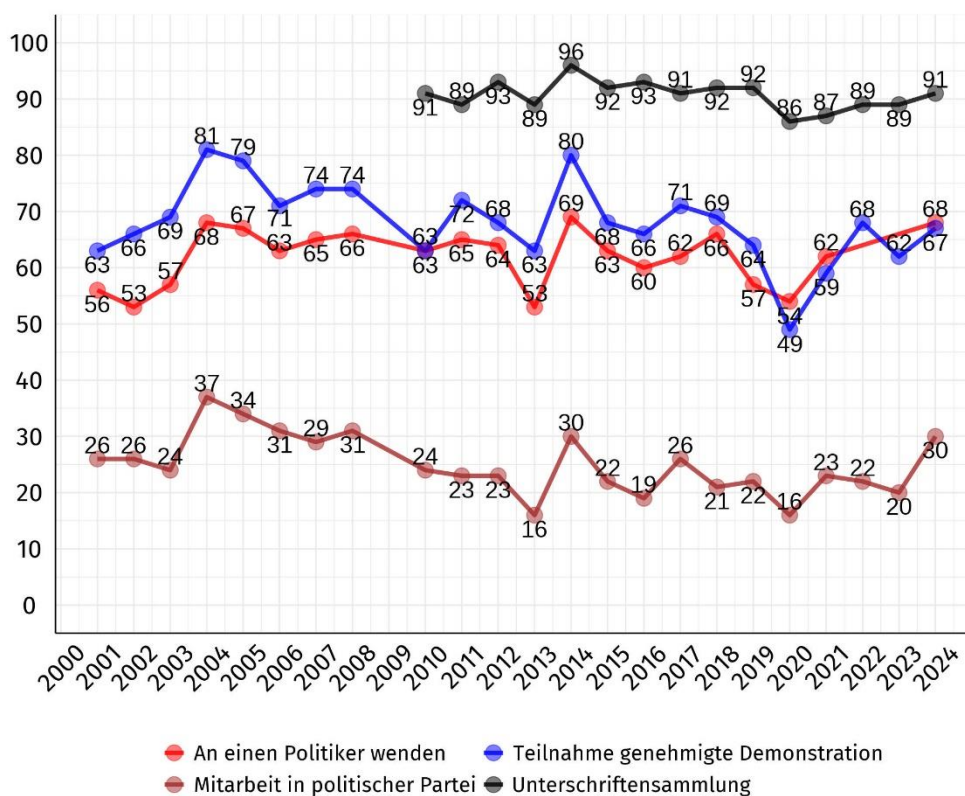
Auf Grundlage der THÜRINGEN-MONITOR-Daten lassen sich mit Hilfe weiterführender statistischer Modelle jedoch bereits erste Zusammenhänge eines fehlenden Institutionenvertrauens in die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender identifizieren. Es zeigt sich, dass eine niedrige Demokratiezufriedenheit, ein niedriges Vertrauen in die Bundes- sowie Landesregierung, ein Mangel an wahrgenommener Responsivität, das Gefühl der Ostdeprivation, weibliches Geschlecht sowie eine im Vergleich rechte ideologische Selbstverortung negativ auf das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Fernsehsender auswirken. Besonders starke Zusammenhänge ergeben sich dabei – in abnehmender Reihenfolge – für die Indikatoren Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die Bundesregierung sowie die Responsivitätswahrnehmung.

Zusammenfassend lässt sich für das Institutionenvertrauen festhalten, dass die vielerorts diagnostizierte Vertrauenskrise (siehe u. a. van der Meer/van Erkel 2023 für den wissenschaftlichen sowie Lobo 2023 für den populärwissenschaftlichen Diskurs) einer differenzierten Betrachtung bedarf. Sie gilt sehr wohl für parteienstaatliche Institutionen wie die Bundes- oder Landesregierung, den Bundestag und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Im Falle regulativer Institutionen wie den Gerichten und der Polizei kann von einer Vertrauenskrise jedoch keine Rede sein. Erneut sei zudem auf die große Varianz der Vertrauenswerte hingewiesen. Befragte differenzieren demnach stark zwischen den unterschiedlichen Institutionen und bringen diesen nur in den seltensten Fällen ein generelles Misstrauen entgegen. So gaben lediglich 27 (1,5 Prozent) von insgesamt 1.817 Befragten bei allen untersuchten Institutionen an, dass sie diesen „gar nicht“ oder „eher nicht“ vertrauen würden. Nur sieben dieser 27 Personen antworteten darüber hinaus auf alle Fragen mit der Antwortkategorie „vertraue gar nicht“, was 0,4 Prozent aller Befragten entspricht.

3. Politische Partizipation

Wie bereits eingangs erwähnt, kann sich die Unterstützung für ein demokratisches System auch durch eine Beteiligung am politischen Prozess ausdrücken. Aus diesem Grund werden im THÜRINGEN-MONITOR fortlaufend verschiedene Formen politischer Partizipation erhoben. Methodisch wird hierbei zwischen drei Möglichkeiten der Partizipation differenziert: der Partizipationsverweigerung („würde ich nicht tun“), dem Partizipationspotential („würde ich tun“) sowie der Partizipationspraxis („habe ich schon getan“). Die kumulierten Werte für die beiden letztgenannten Antwortkategorien gehen für alle erhobenen Partizipationsformen aus Abb. 6 hervor.

Abb. 6 Formen legaler politischer Partizipation 2001-2024
(in Prozent)



Übereinstimmend mit den Präferenzreihenfolgen früherer THÜRINGEN-MONITORE gilt die Beteiligung an Unterschriftensammlungen unter Thüringer:innen als beliebteste Partizipationsform (91 Prozent). Einzig für diese ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz keine Veränderungen. Zudem verfügt die Zeitreihe über eine beachtliche Stabilität und wich in den letzten Jahren im Schnitt nur maximal zwei Prozentpunkte vom Zeitreihenmittelwert ab – Partizipationspraxis und -potential sind somit nahezu konstant. Als zweitbeliebteste Partizipationsform erweist sich die Möglichkeit, sich an eine:n Politiker:in zu wenden, was etwas mehr als zwei Drittel der Thüringer:innen (Partizipationspraxis und -potential: 68 Prozent) angaben. Wenngleich jene Beteiligungsart in den beiden vergangenen Jahren nicht erhoben wurde, ergibt sich zumindest im Vergleich mit dem Jahr 2021 (62 Prozent) ein Zuwachs um sechs Prozentpunkte. Der aktuell gemessene Wert markiert zudem den bislang zweithöchsten Zeitreihenwert – nur 2014 lag jener mit 70 Prozent um zwei

Prozentpunkte höher. Ebenfalls knapp zwei Drittel (67 Prozent) aller Thüringer:innen berichten darüber hinaus, sich vorstellen zu können, an einer angemeldeten Demonstration teilzunehmen beziehungsweise geben an, bereits an einer solchen teilgenommen zu haben. Im Vergleich zur Vorjahreserhebung (62 Prozent) ist dieser Wert um fünf Prozentpunkte⁸ angestiegen. Zum Vergleich: Der Partizipationswert für die Teilnahme an nicht angemeldeten Demonstrationen beträgt aktuell 25 Prozent (ohne Abbildung) und liegt damit vergleichsweise deutlich (sechs Prozentpunkte) oberhalb des Vorjahreswertes (19 Prozent). Somit kann sich gegenwärtig knapp jede:r vierte Thüringer:in vorstellen, an einer nicht angemeldeten Demonstration teilzunehmen. Traditionell fällt die Kumulation aus Partizipationspotential und -praxis für die Beteiligungsform „Mitarbeit in einer politischen Partei“ am niedrigsten aus – so auch in diesem Jahr. Nichtsdestotrotz verzeichnet diese Partizipationsform unter allen abgefragten Beteiligungsmöglichkeiten den im Vergleich zum Vorjahr größten Zuwachs. Innerhalb von nur 12 Monaten ist der Anteil von 20 Prozent um 10 Prozentpunkte auf gegenwärtig 30 Prozent angestiegen. Damit liegt das Niveau derjenigen, die sich vorstellen zu können, sich in einer Partei zu engagieren bzw. dies bereits zu tun, deutlich über dem langjährigen Zeitreihenmittelwert (25 Prozent). Wodurch dieser erhebliche Zuwachs im Einzelnen verursacht wurde, darüber lässt sich an dieser Stelle nur spekulieren. Wahrscheinlich ist aber, dass in Zeiten großer Unzufriedenheit und politischer Krisenlagen viele Befragte den Wunsch hegen, sich engagieren und dadurch etwas verändern zu wollen. Unterstützung kann dieses Motiv möglicherweise ebenfalls durch ein demokratisches Pflichtgefühl erhalten, welches in Zeiten erodierender Zufriedenheits- und Vertrauenswerte ausgelöst wird. Dafür könnte ebenso sprechen, dass der Zuwachs des Beteiligungswertes um 10 Prozentpunkte im Wesentlichen auf einen Anstieg des Partizipationspotentials zurückzuführen ist. Jenes hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 12 Prozent auf gegenwärtig 21 Prozent erhöht (plus neun Prozentpunkte). Dieser Befund entspricht der Tatsache, dass nahezu alle im Bundestag vertretenen Parteien in den vergangenen Monaten zum Teil erheblich Neueintritte verzeichnen konnten (Tagesschau 2024c).

Abschließend sei angefügt, dass auf Grundlage weiterführender statistischer Analysen jüngere, männliche Befragte mit höherem Bildungsabschluss im Durchschnitt mit einer größeren Wahrscheinlichkeit partizipieren. Besonders stark wirkt sich darüber hinaus die interne („ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen“) sowie externe („Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“) politische Selbstwirksamkeit auf die Partizipationswahrscheinlichkeit aus.

⁸ Es sei angemerkt, dass sich dieser Anstieg zumindest in Teilen auch aus methodischen Ursachen zusammensetzen kann. So wurde im Jahr 2024 die Formulierung des Fragetextes von „genehmigt bzw. nicht genehmigt“ zu „angemeldet bzw. nicht angemeldet“ verändert, um die rechtliche Situation korrekt widerzugeben.

III. Rechtsextreme und populistische Einstellungen in Thüringen

Eine zentrale Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist seit dem Jahr 2000 die langfristige Beobachtung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen. Der THÜRINGEN-MONITOR 2024 setzt diese Analyse des einstellungsmäßigen Rechtsextremismus mit seinen beiden Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus fort und untersucht zugleich dessen Verbindung zu weiteren Einstellungsmustern auf der äußeren rechten Seite des politischen Spektrums. So wird seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2021 auch die Zustimmung zu populistischen und neu-rechten Meinungen und Ideologemen untersucht. Als wesentliche Einstellungsmuster in Thüringen haben sich in den Vorjahren rechtsextreme, (rechts-)populistische, autoritär ethnozentrische und rechtsextrem antidemokratische Einstellungen erwiesen, die partielle miteinander verschränkt sind – wobei die wechselseitigen Anknüpfungspunkte und Überschneidungen im Zeitverlauf variieren⁹. Deshalb liegt in diesem Jahr erneut ein besonderes Augenmerk darauf, ob sich der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen weiter in Richtung eines Rechtspopulismus entwickelt hat. Dazu werden auch die jeweiligen Erklärungs- und Hemmungsfaktoren in den Blick genommen.

1. Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen

Die Messung rechtsextremer Einstellungen im THÜRINGEN-MONITOR folgt – wie die meisten bundesweiten und regionalen Erhebungen – der in der wissenschaftlichen Diskussion etablierten Konsensdefinition (vgl. u. a. TM 2001; Kreis, 2007, 13; Decker et al., 2024, 33; Zick/Mokros, 2023, 71). Danach ist Rechtsextremismus die Überzeugung von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von zugeschriebenen Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie ein auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauendes Gesellschaftsbild.

Die Konsensdefinition zählt antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen zum Rechtsextremismus. Im Hinblick auf politische Ordnungsvorstellungen ist der Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und chauvinistischen Nationalismus. In den THÜRINGEN-MONITOREN der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich gezeigt, dass die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenskeptischen Aussagen auf der einen Seite eng miteinander verbunden sind und auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen (s. Best/Vogel 2022; Reiser et al. 2023). Dieser internen Struktur rechtsextremer Einstellungen wird im THÜRINGEN-MONITOR Rechnung getragen, indem neben dem Rechtsextremismus insgesamt die beiden ihn

⁹ Vgl. dazu die ausführlichen Analysen in den THÜRINGEN-MONITOREN 2021, 2022 und 2023 (vgl. Reiser et al. 2022, 2023 und 2024) sowie Best/Vogel (2022).

konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus getrennt ausgewiesen werden.¹⁰ Ethnozentrismus (vgl. Sumner, 1906) kennzeichnet die Bewertung von Fremdgruppen unter ausschließlicher Bezugnahme auf die stets als normativ-positiven Bezugspunkt verstandene Eigengruppe. Damit geht in der Regel einher, dass die Eigengruppe überhöht und die Fremdgruppen abgewertet werden (vgl. Heyder/Decker, 2011, 237f). Neo-Nationalsozialismus kennzeichnet die affirmative Haltung zur NS-Diktatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 und zu ihren Ideologemen (Box III.1).

Box III.1: Die Methodik der Messung von (rechtsextremen) Einstellungen im Thüringen-Monitor

Im THÜRINGEN-MONITOR werden Einstellungen nie auf Basis einer einzelnen Antwort, sondern stets anhand der Antwortmuster auf eine Reihe von Aussagen gemessen. Diese Antworten werden nach statistisch-methodischen Kriterien zusammengefasst und daraufhin untersucht, ob sie tatsächlich die vermutete Einstellung messen. Für den Rechtsextremismus auf Basis der Konsensdefinition wird den Befragten eine Vielzahl von Aussagen – im THÜRINGEN-MONITOR sind dies zehn Aussagen – vorgelegt, die Ungleichwertigkeits- und Ordnungsvorstellungen zum Ausdruck bringen. Die Befragten können diesen jeweils auf einer vierstufigen Antwortskala zustimmen oder sie ablehnen (Abb. 7). Je stärker die Befragten rechtsextrem eingestellt sind, desto eher werden sie diesen Aussagen zustimmen. Allerdings wird von der Zustimmung zu einer dieser Aussagen allein nicht bereits auf eine rechtsextreme Einstellung geschlossen. Das hat mehrere Gründe.

So ist die Zustimmung zu einzelnen Aussagen nicht allein durch eine langfristig stabile rechtsextreme Einstellung bedingt. Vielmehr kann sie auch kurzfristig wirkenden Einflüssen unterliegen, weil die Aussagen neben den rechtsextremen Einstellungen oft auch andere Aspekte, sogenannte Fremddimensionen, messen. Z. B. zeigte eine Expertise zum THÜRINGEN-MONITOR (Best/Salomo 2014, 57), dass die Haltung zur Frage nach dem harten Durchsetzen deutscher Interessen auch durch Aversionen gegenüber den Entscheidungsprozessen innerhalb der Europäischen Union beeinflusst wird.

Daneben sind die einzelnen Aussagen mit unterschiedlichen „Schwierigkeiten“ formuliert. Mit „Schwierigkeit“ ist im methodischen Sinne gemeint, dass einige der Aussagen – wie z. B. „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ – eher hart formuliert sind und daher erst bei einer sehr stark ausgeprägten rechtsextremen Einstellung befürwortet werden. Andere hingegen sind eher weich formuliert und finden breitere Zustimmung, wie z. B. „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“

Unabhängig von der „Schwierigkeit“ im methodischen Sinne messen die zehn Aussagen zudem fünf unterschiedliche Facetten des Rechtsextremismus (Abb. 7), die variierende Zustimmung in der Thüringer Bevölkerung finden. Das wird daran deutlich, dass die Zustimmung zu den Aussagen, die eine gemeinsame Facette des Rechtsextremismus messen, wie z. B. Fremdenfeindlichkeit, sehr viel deutlicher miteinander einhergehen als mit der Zustimmung zu Aussagen, die andere Facetten messen.

Weil also nicht jede Aussage auf dieselbe Weise Rechtsextremismus misst, variieren die Zustimmungsraten zu den einzelnen Aussagen in jedem THÜRINGEN-MONITOR deutlich (Abb. 7). Zudem stimmt die übergroße Mehrheit der Thüringer:innen in der Regel maximal zwei der zehn Aussagen zu bzw. lehnt mindestens acht der Aussagen ab (z. B. Reiser et al., 2020, 72). Wäre die Zustimmung zu einzelnen Aussagen allein durch die rechtsextreme Einstellung bedingt, würden die Zustimmungswerte bei allen Aussagen annähernd gleich sein bzw. jeder Aussage würde ein fester Anteil der Befragten zustimmen.

Vor diesem Hintergrund werden die Befragten im THÜRINGEN-MONITOR – wie auch in vergleichbaren Studien zu rechtsextremen Einstellungen – nicht auf Basis einzelner Aussagen als rechtsextrem eingestuft kategorisiert, sondern auf Basis ihrer Antwortmuster zu allen zehn Aussagen zur Messung des

¹⁰ Die Deutlichkeit dieser zweidimensionalen Struktur variiert allerdings im Zeitverlauf (s. Best/Vogel 2022).

Rechtsextremismus. Denn während die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte ohne rechtsextreme Einstellung einer der insgesamt zehn Aussagen zustimmen, hoch ist, ist sie schon niedriger, zwei oder mehr Aussagen zuzustimmen. Wenn keine rechtsextreme Einstellung vorliegt, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass fünf oder sogar allen zehn Aussagen zugestimmt wird.

In früheren THÜRINGEN-MONITOREN und zwei ergänzenden Analysen (vgl. Best/Vogel, 2022; Best/Salomo 2014, 17) wurde gezeigt, dass die Antwortmuster der Thüringer:innen nicht durch die fünf theoretischen Facetten des Rechtsextremismus gekennzeichnet sind. Die unterschiedlich hohen Zustimmungsraten zu den Aussagen und komplexere statistische Analyseverfahren (Faktorenanalysen) zeigen, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten stets die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf der einen Seite eng miteinander verbunden sind und auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen (ebd.). D. h., die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte, die z. B. einer fremdenfeindlichen Aussage zustimmen, auch einer chauvinistisch-nationalistischen Aussage zustimmen, ist höher als die Wahrscheinlichkeit, dass sie z. B. einer sozialdarwinistischen Aussage zustimmen.

Auch wenn die Deutlichkeit dieser zweidimensionalen Struktur im Zeitverlauf variiert, ist es notwendig, neben dem Rechtsextremismus insgesamt auch die beiden ihn konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus auszuweisen. Beide Dimensionen hängen aber in einem Ausmaß miteinander zusammen, das ihre Zusammenfassung zu einer Messung des Rechtsextremismus insgesamt rechtfertigt. Daher werden zunächst die ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Aussagen zu zwei getrennten Mittelwertskalen zusammengefasst und anschließend darauf basierend der Gesamtwert der Befragten auf der Rechtsextremismusskala berechnet. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus sind somit die zwei gleichgewichtigen Unterdimensionen des Rechtsextremismus. Als rechtsextrem gelten Befragte dann, wenn sie den Aussagen auf jeder der beiden Dimensionen durchschnittlich überwiegend zustimmen bzw. wenn sie im Durchschnitt mehr Aussagen befürworten als ablehnen. Befragte müssen also nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungen zustimmen, um als rechtsextrem eingestellt zu gelten. Vielmehr kann sich hinter der Zuordnung als rechtsextrem eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger die zehn genannten Aussagen durchschnittlich befürworten. Seit 2014 werden dabei auch diejenigen einbezogen, die auf höchstens eine ethnozentrische und eine neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten (vgl. Best/Salomo 2014, 25ff.), weil die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen eng miteinander zusammenhängt.

Betrachtet man die einzelnen Aussagen zur Messung des Rechtsextremismus getrennt (Abb. 7), zeigen sich nur drei Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, die jedoch allesamt sehr gering sind und nur knapp außerhalb der statistischen Fehlertoleranz liegen. Mehr Zustimmung als im Vorjahr finden die beiden Vorstellungen von einer Überlegenheit und einer Überfremdung Deutschlands sowie die antisemitische Aussage über eine Andersartigkeit von Jüdinnen und Juden. Mit 63 Prozent teilen so viele Thüringer:innen wie noch nie in der Erhebungszeit des THÜRINGEN-MONITORS die Vorstellung einer gefährlichen Überfremdung Deutschlands, nur 2018 waren mit 60 Prozent der Befragten fast ebenso viele darüber besorgt. Das antisemitische Item findet erstmals seit drei Jahren wieder vermehrt Unterstützung. Ein Teil dieses Anstiegs dürfte bedingt sein durch Kritik an der Reaktion Israels auf den Terrorüberfall der Hamas am 7. Oktober 2023, wie auch weiterführende Analysen zum Antisemitismus in Kapitel IV nahelegen. Allerdings gab es vergleichbare Anstiege bereits in einigen Vorjahren, so zwischen 2017, 2018 und 2019, die aber bisher noch nie den Ausgangspunkt eines dauerhaften Anstiegs bildeten.

Die Zustimmung zu allen übrigen Aussagen ist unter Abzug der statistischen Fehlertoleranz stabil. Damit spiegelt auch die Höhe der Zustimmung zu den einzelnen Aussagen die aus den Vorjahren bekannten Muster wider – mit einer Ausnahme. Auch wenn der Unterschied gering ist, findet erstmals die fremdenskeptische bis -feindliche Aussage zur Überfremdung Deutschlands die meiste Zustimmung und nicht mehr die nunmehr Platz zwei einnehmende Aussage zum Durchsetzen deutscher Interessen. Danach folgt die Aussage zur Sozialstaatsausnutzung. Die Zustimmung zu allen übrigen Aussagen fällt mit deutlichem Abstand weiterhin geringer aus: keine von ihnen wird im Jahr 2024 von mehr als einem Viertel der Befragten unterstützt. Das antisemitische Ressentiment bildet trotz des leichten Zustimmungsgewinns genau wie in den Vorjahren das Schlusslicht.

Abb. 7 Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen
(Zustimmung in Prozent)

		2024	2023	2022	2011-21	2001-10
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	62	61	56	58	59
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	23	18	20	29	33
	Fremdenablehnung bis -feindlichkeit					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	64	59	47	50	53
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	54	50	41	43	50
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	14	13	10	19	22
	Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	22	20	17	25	30
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	18	15	16	20	23
	Verharmlosung des Nationalsozialismus					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	14	13	11	18	19
	Antisemitismus					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	8	5	6	10	12
	Unterstützung einer rechten Diktatur					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	12	13	10	16	17	

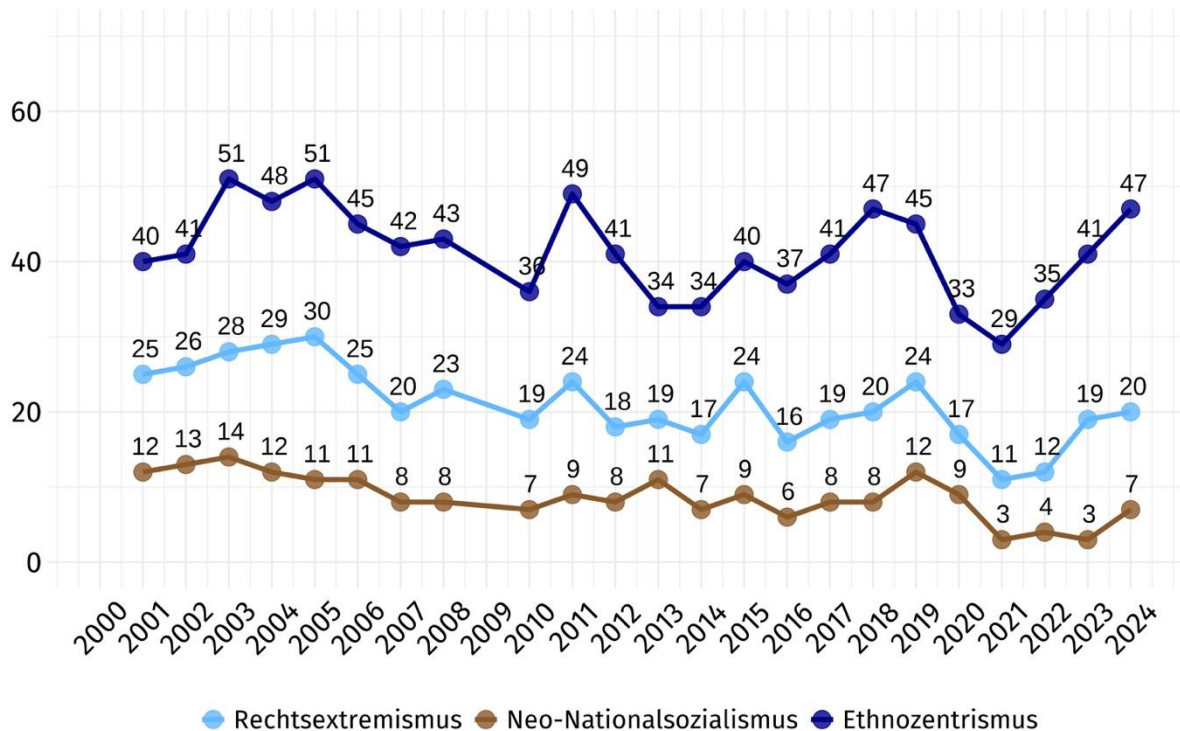
Damit bewegt sich die Zustimmung zu den ethnozentrischen Aussagen zur Durchsetzung deutscher Interessen wie bereits im Vorjahr auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 2001 bis 2021, nachdem sie während der Corona-Pandemie leicht zurückgegangen war. Eine gefährliche Überfremdung Deutschlands und die Unterstellung einer Sozialstaatsausnutzung wird im Jahr 2024 sogar stärker als durchschnittlich in diesem Zeitraum unterstützt, während eine Überlegenheit deutscher Leistungen und die Forderung nach ethnisch homogenen Partnerschaften geringere Zustimmung findet. Die Zustimmung zu den neo-nationalsozialistischen Aussagen liegt hingegen weiterhin unter dem Niveau der Jahre 2011–2021, auch wenn Anzeichen für Zustimmungsgewinne bei den sozialdarwinistischen und antisemitischen Aussagen zu verzeichnen sind.

Werden die Einzelaussagen zu einer Messung für einstellungsmäßigen Rechtsextremismus (s. Box III.1) zusammengefasst, müssen mit 20 Prozent ebenso viele Thüringer:innen wie 2023 als rechtsextrem bezeichnet werden – bei Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz (vgl. Abb. 8; für eine Erklärung der Fehlertoleranz s. Methoden-Glossar im Anhang). Ethnozentrische Einstellungsmuster sind im Vergleich zu 2023 zum dritten Mal in Folge deutlich um sechs Prozentpunkte auf 41 Prozent angestiegen. Obgleich auf geringerem Niveau sind auch neo-nationalsozialistische Einstellungsmuster mit nunmehr sieben Prozent wieder etwas stärker verbreitet als in den drei Vorjahren, in denen ihr Anteil auf niedrigem Niveau verharrte. Der Ethnozentrismus findet zwar sehr weite Verbreitung, ist allerdings auch deutlich volatiler, was darauf hinweist, dass diese Einstellung weniger stabil ist. Der Anteil des Neo-Nationalsozialismus schwankt hingegen weniger, was für die ideologische Verfestigung dieser Einstellungen spricht, die dafür jedoch deutlich weniger verbreitet sind. Diese unterschiedlich weite Verbreitung erklärt, warum der einstellungsmäßige Rechtsextremismus nicht weiter angestiegen ist; denn im THÜRINGEN-MONITOR gelten nur diejenigen als rechtsextrem, die sowohl ethnozentrischen als auch neo-nationalsozialistischen Aussagen im Durchschnitt zustimmen.

Die Entwicklung in Thüringen entspricht dem bundesweiten Trend seit 2022. In der letztjährigen Bielefelder Mitte-Studie, einer bundesweiten Erhebung zum Themengebiet Rechtsextremismus (Zick/Mokros 2023, 71) war ein „manifest rechtsextremes Weltbild“ in den Jahren 2022/23 ebenfalls weiter verbreitet als in den Vorjahren, nachdem es zwischen 2014 und 2020/21 auf niedrigem Niveau stabil war. Auch in der jüngsten Leipziger Autoritarismus-Studie wird 2024 ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“ fast doppelt so häufig wie noch 2022 diagnostiziert (Decker et al. 2024, 49f).¹¹

¹¹ Beide Messungen von Rechtsextremismus schließen an die Konsensdefinition an, verwenden aber für jede der sechs auch im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten Dimensionen jeweils drei Items mit jeweils einer fünfstufigen Antwortskala. Als „manifest rechtsextrem“ gelten Personen, die diesen achtzehn Aussagen im Durchschnitt zustimmen (Zick et al. 2023, 61f), ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“ liegt vor, wenn auf einem additiven Index der achtzehn Aussagen (Skalenbereich 18-90) der Wert 63 erreicht wird (Decker et al. 2024, 49f).

Abb. 8 *Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2024 (in Prozent)*



2. Populismus, autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung

Im THÜRINGEN-MONITOR werden neben rechtsextremen Einstellungen auch Populismus und neurechte Einstellungen untersucht, um Differenzierungen und Veränderungen am äußeren rechten Rand des politischen Spektrums zu erkennen. Populismus umfasst die antipluralistische Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens (Anti-Pluralismus), der gegen die korrupten Eliten (Anti-Elitismus und Manichäismus) und gegen liberale Gewaltenbeschränkungen, wie z. B. Minderheitenrechte, durchgesetzt werden muss (Anti-Institutionalismus und direkte Demokratie). *Rechtspopulismus* wird in Deutschland oft als strategisch gemäßigte Form des Rechtsextremismus verstanden, der zusätzlich durch Autoritarismus und eine ambivalente Haltung zu Gewalt und Demokratie gekennzeichnet ist (Box III.2).

Neurechte Einstellungen sind insbesondere durch Verschwörungserzählungen wie die vom Bevölkerungsaustausch, die Vorstellung einer Beschränkung des Meinungsdictats sowie den Aufruf zum Widerstand gegen „die Politik“ und ein autoritäres Einstellungsmuster gekennzeichnet. Ideologische Überschneidungen zu Rechtsextremismus und -populismus bestehen, weil nach völkischen Konzepten das einheitliche Kollektivinteresse einer Gemeinschaft aus ihrer geteilten Herkunft erwächst, dessen „unverfälschte“ Umsetzung als Demokratie verstanden wird. Der Schutz dieser „natürlichen Ordnung“ gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen stellt eine

moralische Verpflichtung der Mitglieder dieser Gemeinschaft dar und erfordert Abwehr gegenüber kosmopolitischen Eliten, Immigration und Feminismus unter Rückgriff auf autoritären Gehorsam und Konformität (Häusler/Küpper, 2021).

Box III.2: (Rechts-)Populismus und neurechte Einstellungen

Populismus gilt als ein Einstellungsmuster, das nach manchen Auffassungen eigenständig und nur in bestimmten Kontexten mit rechtsextremer Ideologie verbunden ist. Andere verorten es konzeptionell auf dem Rechtsaußenspektrum. Nach der ersten Auffassung gilt Populismus als Kritik und Gegenentwurf zur liberalen Demokratie (z. B. Akkerman et al., 2014; Inglehart/Norris, 2019; Manow, 2018; Vehrkamp/Merkel, 2020). Populismus kennzeichnet die Vorstellung eines Konflikts zwischen einer homogenen Elite und einer homogenen Bevölkerung (vgl. Mudde/Kaltwasser, 2012; Taggart, 2002). Der Populismus betont die Volkssouveränität und sieht die Bevölkerung als homogen mit einem einheitlichen Interesse, das mittels des „gesunden Menschverstands“ erkennbar und daher durch direkte Demokratie am besten umzusetzen sei. Die Eliten seien gleichfalls homogen, denn sie teilten das Interesse des Machterhalts und der Aufrechterhaltung der liberalen Institutionen, denen sie ihre Position verdanken. Diese korrupte Elite handele deshalb gegen das homogene Volksinteresse. Populist:innen sehen sich folglich dadurch legitimiert, den homogenen Volkswillen (Anti-Pluralismus) gegen die etablierten Eliten (Anti-Elitismus) und gegen die Institutionen der liberalen Demokratie (Anti-Institutionalismus) zu realisieren.

Weil die Eliten als prinzipiell korrupt wahrgenommen werden, tendiert der Populismus zu einem Schwarz-Weiß-Weltbild (Manichäismus), demzufolge eine politische Lösung des Konflikts zwischen Eliten und Volk nicht möglich ist. Folge dessen ist eine Moralisierung von Politik, die Kompromisse erschwert. Populist:innen weisen in der Regel eine Kategorisierung als rechtsextrem zurück, weil gerade sie die Abschaffung der Demokratie durch eine Diktatur der Eliten verhindern möchten, die direkte Demokratie befürworten und die (eigene) Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnen. Die grundsätzliche Haltung zur Demokratie und zur Gewaltbereitschaft bzw. -billigung bilden daher – zumindest in der Selbstwahrnehmung der Populist:innen – Unterscheidungskriterien von Rechtsextremismus und Populismus.

Im Kontrast dazu wird Rechtspopulismus als der strategische Versuch verstanden, rechtsextreme Ideologieelemente in gemäßiger Form zu artikulieren. Ziel ist es, damit an in der Bevölkerung verbreitete Kritik und Skepsis gegenüber Gruppen (wie z. B. Geflüchtete) und gegenüber der Demokratie und ihren Eliten anzuknüpfen, um damit politische Unterstützung zu gewinnen (z. B. Decker 2018; Küpper et al. 2021, 51ff.; tlw. Brettschneider 2023). Rechtspopulismus ist danach eine Ausprägung des Rechtsextremismus, weil die dem Anti-Pluralismus zugrundeliegende Vorstellung einer homogenen Bevölkerung die Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten und Fremden fördere. Weiterhin wird Rechtspopulismus in dieser Lesart durch ausgeprägten Autoritarismus definiert, der sich in einer Bereitschaft und Forderung zu Gehorsam, zu Konformismus und zur Bestrafung von Abweichter:innen äußert. Auch ist er durch ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt gekennzeichnet: Zwar wird Gewaltbereitschaft ausdrücklich abgelehnt, aber Gewalt zur Herstellung von Konformität durchaus gebilligt. (Rechts-)Populismus wird auch nicht als radikaldemokratische Kritik an der bestehenden Form der Demokratie verstanden, sondern als antidemokratische Überzeugung (ebd.).

Neurechte Einstellungen sind ebenfalls ein Bestandteil des „Rechtsaußenspektrums“ (Häusler/Küpper, 2019, 147). Dieses Einstellungsmuster ist insbesondere durch Verschwörungserzählungen wie die vom Bevölkerungsaustausch, die Vorstellung einer Beschränkung des Meinungsdictats sowie den Aufruf zum Widerstand gegen „die Politik“ und ein autoritäres Einstellungsmuster gekennzeichnet. Ideologische Überschneidungen zu Rechtsextremismus und -populismus bestehen, da auch hier die Vorstellung eines homogenen Volkes die Grundlage bildet (für detaillierte Ausführungen zu neurechten Ideologien s. Häusler/Küpper, 2021). Nach völkischen Konzepten ist es eine natürliche Ordnung, dass das Kollektivinteresse einer Gemeinschaft aus der geteilten Herkunft erwächst. Der Schutz dieser Gemeinschaft gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen stellt eine moralische Verpflichtung der Mitglieder dieser Gemeinschaft dar. Auf dieser Grundlage erwächst, wie im Populismus, ein Misstrauen

gegenüber den etablierten Eliten und ihren Institutionen, denen als Ziel die Zerstörung der natürlichen Gemeinschaften und ihre Umbildung zu multikulturellen Gesellschaften unterstellt wird (Ebd.). Der Begriff der Eliten dient dabei der Homogenisierung pluraler und konkurrierender Entscheidungsträger:innen und Meinungsbildner:innen in Politik, Wissenschaft und Medien.

Diese Vermutungen drücken sich oft in Verschwörungsnarrativen aus. Die Eliten beschränkten die Meinungsfreiheit und strebten danach, die Demokratie abzuschaffen. Unter Demokratie wird dabei ausschließlich die Umsetzung des vermeintlich einheitlichen Volkswillens verstanden. Elemente wie universale Grundrechte, Kompromissbildung und institutionalisierte Gewaltenteilung spielen keine Rolle. Immigration sei durch die Eliten gesteuert, um die Bevölkerung in Deutschland auszutauschen. „Der“ Feminismus diene dazu, die natürliche Ordnung der Familie als Reproduktionsgrundlage der Gemeinschaft zu zerstören. Die Thematisierung des Nationalsozialismus und des Holocaust sei vorrangig ein Mittel, um die völkische Gemeinschaft der Deutschen durch die Betonung kollektiver Schuld verächtlich zu machen. Aus der derart wahrgenommenen Bedrohung der Gemeinschaft und der moralischen Verpflichtung zu ihrem Schutz entsteht Wut gegenüber etablierten Eliten und Institutionen, die sich in der Aufforderung zum dagegen gerichteten Widerstand zeigt. In ambivalenter Weise gehen mit dieser Forderung nach Widerstand zwei autoritäre Wünsche einher: nach Unterordnung unter den die völkische Gemeinschaft wahrhaft vertretenden Personen und nach Konformität mit ihrer vermeintlich natürlichen Ordnung, wie z. B. einer traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern.

Um diese Einstellungen zu messen, werden den Befragten analog zur Rechtsextremismusskala (s. Box III.1) populistische und neurechte Aussagen zur Beurteilung vorgelegt. Der populistische Anti-Elitismus kommt in den ersten beiden Aussagen in Abb. 9 zum Ausdruck und ist gegenüber 2023 auf unverändertem Niveau. Der Annahme, dass die Eliten *gegen* die Interessen der Bevölkerung handeln, stimmen fast zwei Drittel der Thüringer:innen zu; der Annahme, dass Politiker:innen parteiübergreifend geteilte Interessen verfolgten, 84 Prozent. Der Anti-Institutionalismus wurde im THÜRINGEN-MONITOR 2024 erstmals mit der *Ablehnung* der Aussage gemessen, dass wichtige politische Entscheidungen ausschließlich in gewählten Parlamenten getroffen werden sollten. Die Ablehnung dieser Aussage ist mit 25 Prozent im Vergleich zur Zustimmung bei den übrigen populistischen Aussagen am geringsten ausgeprägt.

Die anti-pluralistische Aussage, dass es im Grunde ein einheitliches Kollektivinteresse der Bevölkerung gäbe, findet mit 40 Prozent der Thüringer:innen deutlich mehr Zustimmung. Sie liegt damit jedoch unter dem Niveau der anti-elitistischen Aussagen und fällt nach Abzug der statistischen Fehlertoleranz ähnlich hoch aus wie im Jahr 2022.

Während es bei allen übrigen populistischen Aussagen nach Abzug der statistischen Fehlertoleranz keine Veränderung gegenüber 2023 gibt, ist die Befürwortung der direkten Demokratie als (alleinigem) Ausdruck der Volkssouveränität hingegen auf 69 Prozent gesunken. Damit fällt sie zwar weiterhin sehr hoch aus, ist aber im Vergleich zu 2023 um neun Prozentpunkte zurückgegangen. Die erstmals erfragte Vorstellung eines wahren Volkswillens, den die Politik nur umsetzen muss, findet hingegen nahezu konsensual Zustimmung bei den Thüringer:innen. Die manichäische Weltsicht des Populismus, der zu Folge Kompromisse nur Ausdruck unmoralischen Verrats statt politischer Vernunft sind, vertritt wie 2023 eine Hälfte der Thüringer:innen, während sie die andere Hälfte ablehnt.

Die Unterstützung für die Demokratie als beste Staatsform, die als ein Unterscheidungskriterium zwischen Populismus und Rechtsextremismus angesehen wird (s. Box III.2), verbleibt stabil auf dem hohen Niveau von 2023 (vgl. dazu ausführlich Kapitel II). Die Bereitschaft zur Gewalt, die als weiteres wichtiges Unterscheidungskriterium dient, die sich aber auch außerhalb

rechtsextremer Kreise finden lässt, liegt mit sechs Prozent ebenso ungefähr auf dem Niveau der Vorjahre.

Bei den neurechten Aussagen finden wir ebenso vorwiegend Stabilität. Ähnlich wie 2023 hält ca. die Hälfte der Thüringer:innen ihre eigene Meinung zurück, um keine Nachteile zu erfahren, fast zwei Drittel sehen weiterhin die Notwendigkeit von Widerstand gegen die aktuelle Politik und knapp die Hälfte verlangt Gehorsam und Disziplin als vorrangiges Erziehungsziel. Die Überzeugung, dass der Feminismus systematisch Männer benachteiligt, findet hingegen mit 16 Prozent nur wenig Unterstützung und liegt auf demselben Niveau wie 2022 (s. ausführlich Kapitel IV). Dagegen haben die Vorstellungen, dass die Eliten durch Migration das deutsche Volk austauschen möchten und dass gegenwärtig eine starke Hand benötigt wird, im Vergleich zu 2023 etwas an Zustimmung gewonnen.

Abb. 9 Aussagen zur Messung populistischer, neurechter und rechtsextremer Einstellungen
(Zustimmung in Prozent und gruppierte Ladungen einer Faktorenanalyse)

	Theoretische Konzepte	2024	2023	2022	2021	2020	2019	Empirische Faktoren 2024		
								I	II	III
(Rechts-)Populismus										
Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.	Anti-Elitismus	64	65	64	52	55		+++		
Die Politiker sind sich immer einig, wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen.		84	85	81	78			+++		
Wichtige politische Entscheidungen sollten ausschließlich von gewählten Parlamenten getroffen werden. (-)	Anti-Institutionalismus	75						--	+	--
Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.	Anti-Pluralismus	42	40	37				+	+	
Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigsten Entscheidungen treffen.	Direkte Demokratie	70	78	76	65			+++		
Die Politik muss den wahren Willen des Volkes erkennen und ihn so direkt wie möglich in politische Entscheidungen umsetzen.		91						+++		-
Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.	Manichäismus	48	49	44	38			+++		
Demokratie ist die beste aller Staatsideen (-)	Idee Demokr.	88	88	84	89	87	90		-	---
Für eigene Ziele Gewalt ausgeübt/erwogen		6		7	4	7	9			++
Neurechte Positionen										
Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.		52	54	45	45	46	49	+++		+
Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen.		25	20	18	14			+++	+	+
Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.		16		13	15					+++
Es ist Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten.		65	65	61	37	36		+++		

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.		64	60	64	60	64	64	+++	++	
Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.	Autoritarismus	47	45	46	45	52	61		+++	
Rechtsextremismus (Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus)										
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	Ethnozentrismus	s.o.						+++	++	
Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.									+++	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.								+++	+	
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.								+++	++	
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.	Neo-Nationalsozialismus								+++	
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.									++	
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.									+++	
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.									++	+++
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.									++	+
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.										+++

Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation, KMO 0.92, Extraktion der Faktorenanzahl mittels Screeplot und auf Basis des Kaiser-Kriteriums. Die Faktorladungen werden der Übersicht halber kategorisiert berichtet. Faktorladungen mit einem Betrag kleiner als 0.3 werden nicht berichtet, sonst wie folgt: +/- >0.3, ++/-- >0.4, +++/--- >0.5.

Werden – analog zur Rechtsextremismusskala (s. Box III.1) – die beschriebenen Aussagen gemeinsam mit den rechtsextremen Aussagen daraufhin geprüft, in welchem Maße sie miteinander zusammenhängen, zeigt sich das aus den Vorjahren bekannte Muster: Weder eine klare Trennung noch eine Gleichsetzung von Rechtsextremismus, Populismus und neurechten Einstellungen wird den Differenzierungen und wechselseitigen Bezügen der politischen Einstellungen der Thüringer:innen gerecht. Vielmehr sind die drei prägenden Einstellungsmuster der Populismus, der autoritäre Ethnozentrismus und die rechtsextreme Demokratieablehnung, zwischen denen Querbezüge bestehen (Abb. 9).¹² Dem „Populismusfaktor“ (I) lassen sich eindeutig fast alle populistischen Aussagen zuordnen, mit Ausnahme des einheitlichen Volksinteresses, des Anti-Institutionalismus und des persönlichen Manichäismus. Zusätzlich zählen dazu

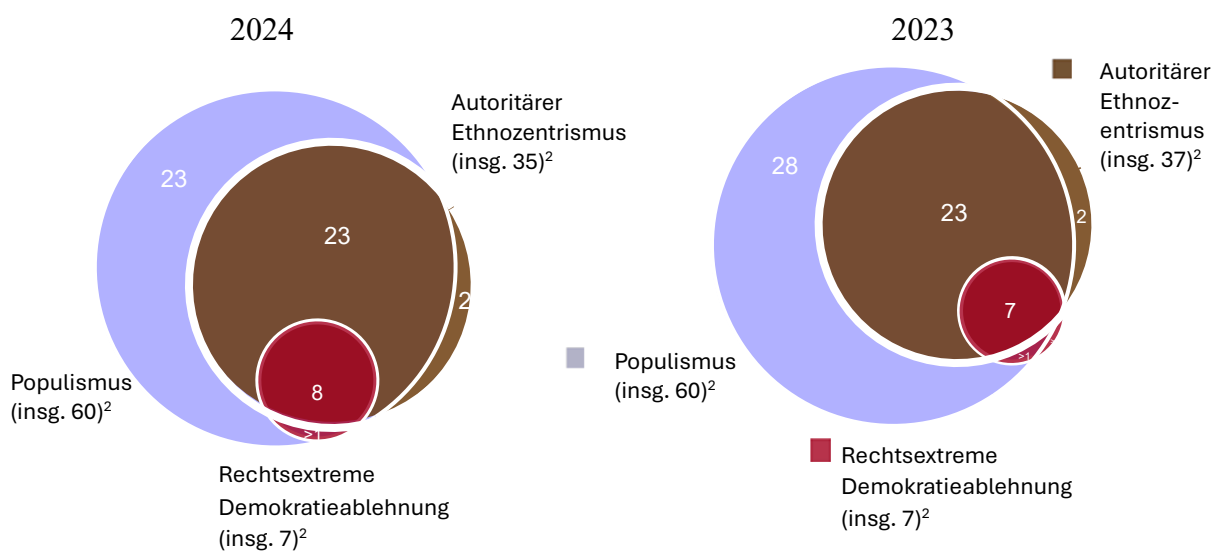
¹² Die Stärke des Zusammenhangs zwischen einer Aussage und einem Faktor wird durch die sogenannten Faktorladungen in den letzten drei Spalten von Abb. 9 angegeben. Eine Faktorladung von 0 bedeutet keinen Zusammenhang mit dem jeweiligen Faktor, eine Faktorladung von +/- 1 bedeutet, dass die Zustimmung zu der jeweiligen Aussage exakt im selben Ausmaß ansteigt (sinkt), je mehr die Zustimmung zu den übrigen Aussagen ansteigt (sinkt). In der Praxis werden nur Faktorladungen mit einem Betrag größer als 0,3 berücksichtigt. Für die Identifikation der Faktoren ist es wichtig, dass jede Aussage möglichst nur auf einem Faktor zugeordnet werden kann, d. h., dass sie nur eine sehr hohe Faktorladung besitzt. Nebenladungen auf andere Faktoren treten immer wieder auf. Sind sie ähnlich hoch wie Hauptladungen, können Aussagen mehreren Faktoren zugeordnet werden.

auch alle neurechten und autoritären Aussagen mit Ausnahme der Feminismuskritik und der Forderung nach Konformität als primärem Erziehungsauftrag. Auch die ethnozentrischen Aussagen zu deutschen Interessen, Überfremdung und Sozialstaatsausnutzung sind eindeutig dem Populismusfaktor zuzuordnen. Entgegen der theoretischen Annahmen basiert der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen nicht auf der Vorstellung eines homogenen Volkswillens oder ausgeprägter manichäischer Moralisierung, sondern vorrangig auf dem Anti-Elitismus und dem Anti-Institutionalismus.

Dem autoritären Ethnozentrismus (II) können eindeutig drei der zehn Aussagen zur Messung von Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR zugeordnet werden (Überlegenheit deutscher Leistungen, ethnisch homogenes Heiraten und die sozialdarwinistische Affirmation des Rechts des Stärkeren) sowie zusätzlich die autoritäre Forderung nach Konformität als primärem Erziehungsauftrag.

Die neo-nationalsozialistische Verteidigung des historischen Nationalsozialismus und die Befürwortung einer nationalen Diktatur, die Feminismuskritik, die Ablehnung der Demokratie und die Gewaltaffinität können zu Faktor III, der rechtsextremen Demokratieablehnung, zusammengefasst werden.

Abb. 10 Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen
(2024 und 2023, in Prozent aller Befragten)¹



¹Lesehilfe: 60 Prozent aller Thüringer:innen teilten in 2024 und 2023 populistische Einstellungen. 23 Prozent in 2024 bzw. 28 Prozent in 2023 aller Thüringer:innen teilen nur populistische Einstellungen, 23 Prozent teilten jeweils populistische und autoritär ethnozentrische Einstellungen etc.

²Rundungsbedingt und wegen unterschiedlicher Anzahl fehlender Werte bei getrennter und gemeinsamer Betrachtung der Gruppen entsprechen die Anteilswerte für die Untergruppen nicht immer den Gruppenanteilen insgesamt.

Manche Aussagen lassen sich nicht trennscharf einem Faktor zuordnen und geben daher Auskunft über inhaltliche Querverbindungen zwischen den Einstellungen. Dabei lassen sich Überschneidungen zwischen Populismus und autoritärem Ethnozentrismus im Hinblick auf die For-

derung nach einer starken Hand, dem Durchsetzen deutscher Interessen und der Migrationskritik (wahrgenommene Überfremdung und Sozialstaatsausnutzung) feststellen. Überschneidungen zwischen Populismus und rechtsextremer Demokratieablehnung bestehen hinsichtlich der Ablehnung des Parlaments als zentralem Ort politischer Entscheidungen, der Wahrnehmung eingeschränkter Meinungsfreiheit und der Annahme eines Bevölkerungsaustauschs. Autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung sind vor allem über den Antisemitismus und der Verteidigung des historischen Nationalsozialismus verbunden sowie, etwas schwächer, über die Ablehnung der Demokratie.

Der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR bietet erstmals die Möglichkeit, die Entwicklung der Verteilung der geschilderten Einstellungen im Zeitverlauf zu untersuchen.¹³ Wie schon 2023 sind 60 Prozent der Thüringer:innen als populistisch zu bezeichnen (Abb. 10). Rund 42 Prozent dieser Populist:innen – das entspricht 23 Prozent aller Thüringer:innen – teilen weder einen autoritären Ethnozentrismus noch die rechtsextrem motivierte Demokratieablehnung. Sie sind also anti-elitistisch und anti-institutionalistisch eingestellt und teilen auch fremdenskeptische bis -feindliche Aussagen, lehnen allerdings rechtsextreme Denkweisen wie Sozialdarwinismus, Rassismus oder Antisemitismus eher ab und befürworten auch keine Diktatur. Bei 43 Prozent der Populist:innen – das entspricht 23 Prozent der Thüringer:innen – sind populistische Einstellungen mit autoritärem Ethnozentrismus verknüpft, sie teilen also die in der rechtsextremen Ideologie verankerten Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Weitere 15 Prozent der Populist:innen – das entspricht acht Prozent aller Thüringer:innen – lehnen zusätzlich die Demokratie aus rechtsextremen Motiven heraus ab. Während 2023 noch nur eine knappe Mehrheit der populistischen Thüringer:innen zugleich mindestens eines der beiden rechtsextremen Einstellungsmuster teilte, so ist es 2024 mit 57 Prozent eine deutliche Mehrheit. Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen hat sich also seit 2023 weiter in Richtung *Rechtspopulismus* entwickelt.

¹³ Für diesen Vergleich werden die Aussagen nicht einbezogen, die 2023 nicht (Gewaltaffinität) oder noch nicht (Manichäismus und direkte Demokratie) erhoben worden. Ungeachtet ihrer von 2023 abweichenden Neuformulierung wird jedoch die Frage nach der Rolle der Parlamente einbezogen, weil die Umformulierung sinnerhaltend war und sich ähnliche Zustimmungswerte finden. Es werden die Aussagen, die am stärksten miteinander verbunden sind und daher zu je einem Faktor gehören, zu drei Skalen zusammengefasst. Die Befragten, die den zu einem Faktor gehörenden Aussagen im Durchschnitt zustimmen, werden in die drei Gruppen Populist:innen, autoritäre Ethnozentrist:innen und rechtsextreme Antidemokraten:innen eingeordnet. Die zwischen den Faktoren bestehenden Querverbindungen werden bei der Erstellung der Skalen berücksichtigt und zeigen sich anschließend in der Überschneidung zwischen den drei Gruppen. Konkret wurden die Aussagen zu einer Mittelwertskala zusammengefasst, die auf einen gemeinsamen Faktor mit mindestens der Faktorladung (Betrag) 0.4 laden. Laden Aussagen auf mehrere Faktoren mit mindestens diesem Betrag, werden sie für alle diese Skalen berücksichtigt. Auch wurden Befragte berücksichtigt, die bei einer Aussage pro Skala eine fehlende Antwort aufweisen.

3. Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus

Der diesjährige, auf die Langzeitmessung fokussierte THÜRINGEN-MONITOR erlaubt es nur, einzelne zentrale Ergebnisse zu den Erklärungsfaktoren rechtsextremer und (rechts-)populistischer Einstellungen cursorisch darzustellen.¹⁴ Ähnlich wie in den Vorjahren lassen sich der einstellungsmäßige Rechtsextremismus und -populismus in Thüringen nicht durch soziodemografische Faktoren oder tatsächliche soziale Lagen erklären. Weder Bildung, Geschlecht und Alter noch das Haushaltseinkommen oder der Berufsstatus spielen eine Rolle. Einzig aktuelle Arbeitslosigkeitserfahrungen gehen mit etwas geringer (!) ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen einher. Allerdings ist, wie in den Vorjahren auch, die *wahrgenommene* soziale Lage relevant. Das Gefühl, man selbst erhalte im Vergleich zu anderen in Deutschland nicht den gerechten Anteil, geht mit verstärkten rechtsextremen Einstellungen einher. Der (Rechts-)Populismus ist hingegen stärker mit der Befürchtung verknüpft, dass es einem zukünftig selbst schlechter gehen wird. Beide Einstellungen werden aber in ähnlicher Weise durch die Wahrnehmung der Benachteiligung als Ostdeutsche verstärkt. Es ist jedoch zu beachten, dass nur der Rechtspopulismus, nicht aber der Rechtsextremismus durch persönliche Diskriminierungserfahrungen verstärkt wird.

Diese im THÜRINGEN-MONITOR als Deprivationserfahrungen zusammengefassten Erklärungsfaktoren sind allerdings nur von nachrangiger Bedeutung für die Erklärung dieser Einstellungen. Die wichtigsten Förderfaktoren für Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus sind autoritäre Einstellungen, die Weltsicht, soziale Beziehungen seien allein geprägt durch Konkurrenz, Dominanz und Unterordnung sowie der Wunsch nach einer traditionellen Lebensweise. Der wichtigste Hemmfaktor für Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus ist die Demokratieunterstützung. Zwar zählt dazu auch die politische Partizipation, deren Wirkung allerdings deutlich schwächer ist, auch im Vergleich zu den verstärkenden Faktoren.

In der Tendenz sind Benachteiligungsgefühle für (rechts-)populistische Einstellungen etwas relevanter als für rechtsextreme, die im Vergleich stärker durch autoritäre Persönlichkeitsmerkmale und ein Weltbild sozialer Dominanz geprägt werden. Allerdings sind diese Unterschiede in den Erklärungsfaktoren im Vergleich zu 2023 geringer ausgeprägt. Damit wird ein weiteres Mal deutlich, dass es sich bei (Rechts-)Populismus und Rechtsextremismus zwar weiterhin um voneinander zu unterscheidende Einstellungsmuster der Thüringer:innen handelt, die aber zunehmend inhaltliche Überschneidungen besitzen.

¹⁴ Für eine ausführliche Darstellung der Erklärungsfaktoren vgl. Reiser et al. 2019.

IV. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen

Ein zentrales Anliegen des THÜRINGEN-MONITORS ist die Langzeituntersuchung der einstellungsmäßigen Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Diese Analyse fußt auf dem Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ nach Wilhelm Heitmeyer (2002).

Box IV.1: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Unter „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ werden laut Heitmeyer „Einstellungen und Verhaltensweisen verstanden, die sich dadurch auszeichnen, dass sie Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markieren und feindseligen Mentalitäten der Abwertung und Ausgrenzung aussetzen“, und dabei die Würde der betroffenen Personen angreifen (Heitmeyer 2003, 14). „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ist folglich eine Sammelbezeichnung für Vorurteile und Abwertungen gegenüber bestimmten (ggf. konstruierten) Bevölkerungsgruppen. Betroffene dieser Abwertungen haben dabei nicht zwingend eine „fremde“ Herkunft, Religion oder Kultur. Anknüpfungspunkte können z. B. auch von der Norm abweichendes Verhalten oder tradierte gesellschaftliche Rollenverständnisse sein.

„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ist als Einstellungssyndrom zu verstehen. Menschen, die eine Bevölkerungsgruppe abwerten, neigen oft auch zu ähnlichen Einstellungen gegenüber anderen Gruppen. Verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus treten also häufig zusammen auf. Jene einstellungsmäßigen Diskriminierungen eint, dass es sich um Ideologien der Ungleichwertigkeit handelt (Heitmeyer 2003, 18). D. h., Anhänger:innen dieser Ideologien verneinen die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Unantastbarkeit ihrer Menschenwürde. Weiterhin ist „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ein offenes Konzept. D. h., jene Abwertungen sind nicht starr auf bestimmte Adressat:innengruppen begrenzt und können sich im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen verändern bzw. erweitern (Zick et al. 2012). Sozialpsychologisch fußt „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ auf dem Konzept des „Otherings“, wonach die Gesellschaft vereinfacht in „Ingroup“ und „Outgroups“ (also diejenigen, die zugehörig bzw. nicht-zugehörig sind) unterteilt wird. Die eigene Identität innerhalb der „Ingroup“ wird gegenüber den als fremd oder abweichend wahrgenommenen „Outgroups“ abgegrenzt und durch die Abwertung dieser Outgroups aufgewertet (Brewer 1999; Brons 2015). Die Forschung deutet darauf hin, dass u. a. soziale Desintegration, individuelle relative Deprivation (also das Gefühl, gesellschaftlich nicht den gerechten Anteil zu erhalten) sowie autoritäre Persönlichkeitszüge als individuelle Triebkräfte für dieses Einstellungsmuster wirken (Heitmeyer 2003, Schönfelder 2008, 19).

Einen ersten Anhaltspunkt über die Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen eröffnet die generelle Einstellung der Bevölkerung zu gesellschaftlichen Minderheiten. Schon in den Jahren 2017 bis 2020 stimmte die Mehrheit der Thüringer Befragten der Aussage zu, dass sich die Politik weniger um Minderheiten kümmern und stattdessen mehr für die „Mehrheit der Leute in unserem Land“ tun solle.¹⁵ Im Jahr 2024 erreichte die Zustimmung im Vergleich zu den früheren Messpunkten mit 71 Prozent einen neuen Höchststand. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist nicht automatisch gleichbedeutend mit einer pauschalen Abwertung von Minderheiten. Allerdings weist die Zunahme der Zustimmungswerte seit 2020 darauf hin, dass in der

¹⁵ Die Zustimmungswerte zur Aussage „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern“ lagen in den Jahren 2017 bis 2020 zwischen 58 Prozent und 67 Prozent. In den Jahren 2021 bis 2023 wurde diese Frage im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS nicht erhoben.

Bevölkerung häufig ein distanzierteres Verhältnis zu gesellschaftlichen Minderheiten und deren Emanzipation besteht als noch vor vier Jahren. In den folgenden Abschnitten werden die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung gegenüber Migrant:innen, Muslim:innen, Jüdinnen und Juden sowie gegenüber Frauen und Transpersonen näher betrachtet. Wo es die Zeitreihen erlauben, wird ein besonderer Fokus auf die Entwicklung jener Einstellungen im Verlauf der letzten Jahre gelegt.

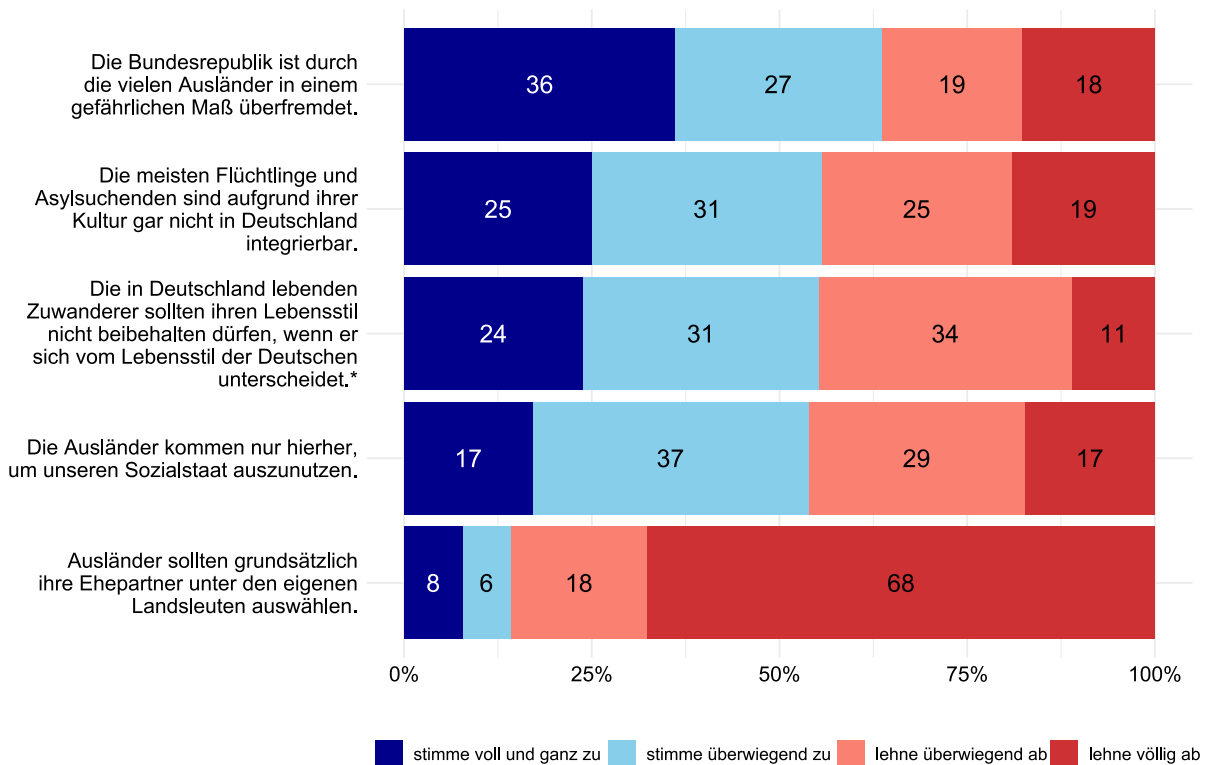
1. Migrant:innenfeindlichkeit und feindliche Einstellungen gegenüber Geflüchteten

Eine verbreitete Ausprägung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ ist die Abwertung von Migrant:innen, Geflüchteten oder von Personen, die als solche wahrgenommen werden. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wird diese Ungleichheitsideologie – anknüpfend an etablierte Verfahren und vergangene THÜRINGEN-MONITORE – über die Zustimmung zu fünf Aussagen erhoben (vgl. Abb. 11). Jede Aussage ist so formuliert, dass in ihr ein pauschales Ressentiment gegenüber Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte zum Ausdruck kommt. Insgesamt stimmen acht Prozent der Befragten allen fünf Aussagen zu; 15 Prozent lehnen alle Aussagen ab.

Der Aussage, dass Deutschland durch Migrant:innen „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei, stimmen 63 Prozent der Thüringer:innen „eher zu“ oder „voll und ganz zu“ (vgl. dazu auch Kapitel III.1). Damit erreicht die Zustimmung zu dieser Aussage den höchsten Wert seit dem Beginn der Messreihen des THÜRINGEN-MONITOR (vgl. Abb. 12). Eine Mehrheit von 54 Prozent der Thüringer:innen ist zudem der Auffassung, Migrant:innen kämen v. a. nach Deutschland, um den Sozialstaat auszunutzen. Vergleichbar hohe Zustimmungswerte gibt es bei den Aussagen, dass die meisten Flüchtlinge wegen ihrer Kultur nicht integrierbar seien und ihren Lebensstil an den der Deutschen anpassen sollten. Ein Viertel der Thüringer:innen stimmt diesen Aussagen „voll und ganz“ zu. Die Aussage, dass Migrant:innen nur Ehen mit Partner:innen derselben Nationalität schließen sollen, erfährt bei 14 Prozent der Befragten Zustimmung. Unter den fremdenfeindlichen Aussagen erhält diese Aussage wie schon in früheren Jahren die geringsten Zustimmungswerte.¹⁶

¹⁶ Ein Anteil von 9 Prozent der Gesamtstichprobe gab zu dieser Aussage keine verwertbare Antwort („weiß nicht“/„keine Angabe“).

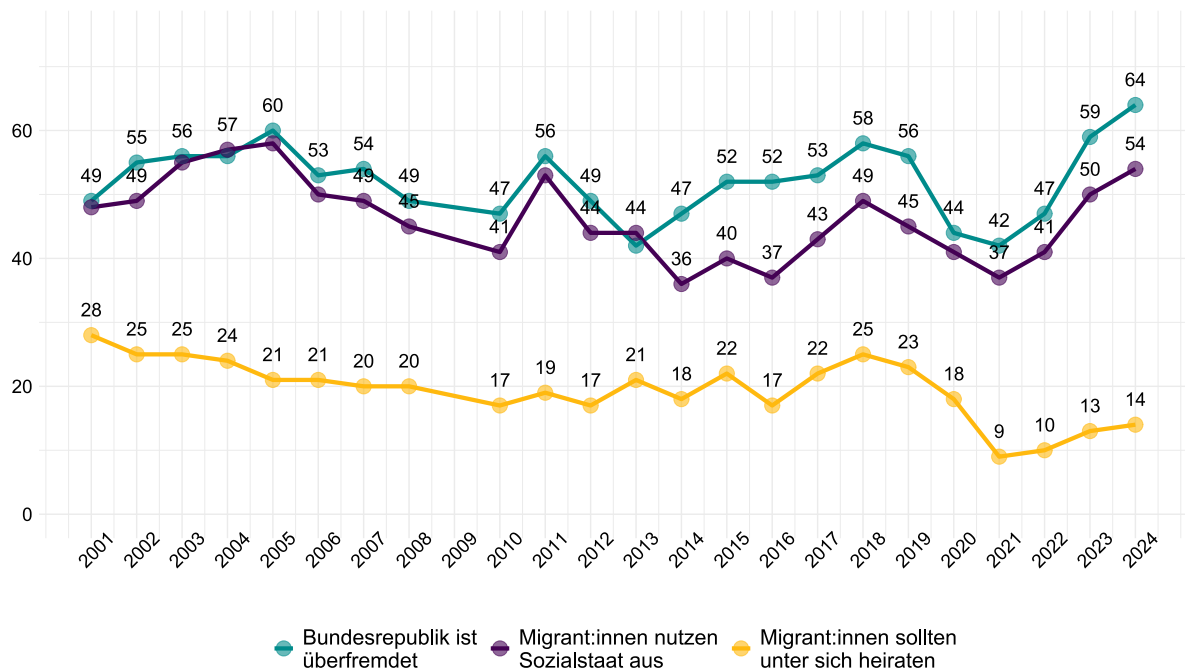
Abb. 11 Zustimmung zu abwertenden Aussagen gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten
(Angaben in Prozent)



Anmerkungen: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. * Dieses Item wurde zur besseren Übersichtlichkeit sinngemäß invertiert. Der originale Fragewortlaut ist: „Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“

Abb. 12 zeigt seit dem langjährigen Tiefpunkt 2021 einen Anstieg migrant:innenfeindlicher Einstellungen. Signifikante Unterschiede zur Vorjahresmessung bestehen jedoch nur bei der Aussage zur „Überfremdung“ Deutschlands, während der Anstieg bei den beiden anderen Aussagen gegenüber dem Vorjahr nicht signifikant ist. Die Zustimmung zu einer vermeintlichen „Überfremdung“ und dem pauschalen Vorwurf des Ausnutzens des Sozialstaats durch Migrant:innen hat damit insgesamt wieder das Niveau der frühen 2000er Jahre erreicht. Die Zustimmung zur Forderung, dass Migrant:innen nur „unter sich“ heiraten sollen, steigt seit 2021 leicht an, bleibt aber unter dem Vor-Corona-Niveau. Dass migrant:innenfeindliche Einstellungen in Thüringen wieder angestiegen sind, entspricht den Ergebnissen der bundesweit erhobenen Leipziger Autoritarismus-Studie, die ebenfalls eine Zunahme migrant:innenfeindlicher Einstellungen seit der akuten Phase der Coronapandemie in den Jahren 2020 und 2021 feststellt (Decker et al. 2024, 48).

Abb. 12 Migrant:innenfeindliche Einstellungen im Zeitverlauf 2001-2024
(Zustimmung in Prozent)



Obleich der Anstieg der vergangenen Jahre vermutlich auch durch einen „Corona-Knick“ induziert ist (vgl. Reiser et al. 2024), mahnen die Befunde zur Besorgnis. So zeigt eine neuere Studie einen starken Zusammenhang zwischen rassistischer Ideologie und der Unterstützung fremdenfeindlicher Gewalt (Dancygier 2023). Auch eine Studie der Beratungsstelle ezra dokumentiert eine sich jüngst verschärfende Entwicklung rassistisch motivierter Gewalttaten in Thüringen (ezra et al. 2024; vgl. auch Bundesministerium des Innern und für Heimat 2024, 9).

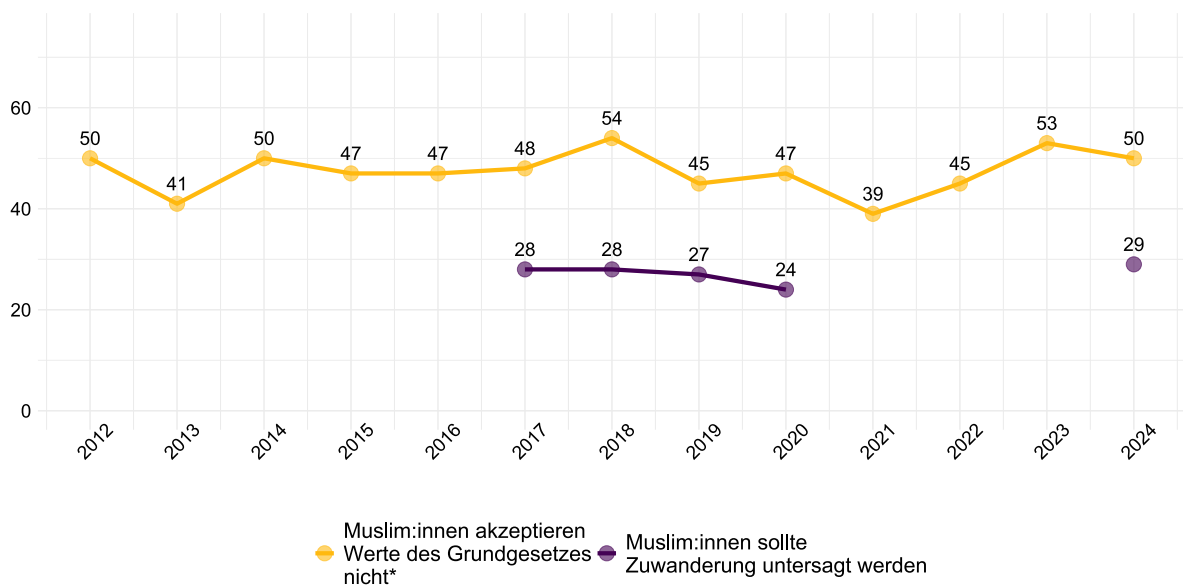
2. Muslim:innenfeindlichkeit

Eine feindliche Haltung gegenüber Migrant:innen ist eng verknüpft mit der pauschalen Abwertung von Muslim:innen. Als größte religiöse Minderheit in Deutschland sind sie immer wieder Ziel rassistischer Hasskriminalität sowie alltäglicher Diskriminierung, etwa auf dem Wohnungsmarkt (z. B. Stichs/Pfündel 2023). Muslim:innenfeindlichkeit, auch als antimuslimischer Rassismus bezeichnet, beschreibt „die pauschale und weitgehend unveränderbare Zuschreibung rückständiger sowie bedrohlicher Eigenschaften“ an Muslim:innen und Personen, die als muslimisch wahrgenommen werden (Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 2023, 24; vgl. auch Mustafa 2023, 22). Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR werden muslim:innenfeindliche Einstellungen über die Zustimmung zu den Aussagen „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ und „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden (Abb. 13)“.¹⁷ Zu

¹⁷ Ein Ablehnen der ersten Aussage bringt zum Ausdruck, dass man den Facettenreichtum islamischer Religionsauslegungen nicht anerkennt und Muslimen pauschal Untauglichkeit für westliche Normen und Werte unterstellt. Mit zweiterer Aussage kommt der Wunsch nach einer rechtlichen Ungleichbehandlung aufgrund der Religion zum

bemerken ist, dass ein gewichtiger Teil (21 Prozent bzw. 11 Prozent) auf diese Fragen keine Antwort geben wollte.

Abb. 13 Muslim:innenfeindliche Einstellungen im Zeitverlauf 2012-2024
(Zustimmung in Prozent)



* Dieses Item wurde zur besseren Übersichtlichkeit sinngemäß invertiert. Der originale Fragewortlaut ist: „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“.

Ein Zuwanderungsverbot für Muslim:innen unterstützen gegenwärtig 29 Prozent der Thüringer:innen.¹⁸ Damit liegen die Zustimmungswerte auf dem Niveau der späten 2010er Jahre. Die Hälfte (50 %) der Thüringer:innen meint, dass Muslim:innen die Werte des Grundgesetzes nicht akzeptieren. Der Anteil der Befragten, die die Verfassungstreue hier lebender Muslim:innen in Frage stellen, liegt geringfügig über dem langjährigen Mittel von 47 Prozent. Insgesamt zeigen sich für diese Aussage – mit Ausnahme eines Rückgangs der Zustimmungswerte im Jahr 2021 – in den vergangenen Jahren aber nur geringe Schwankungen. Unterschiede zur Vorjahresmessung sind statistisch nicht signifikant. Die Daten zur Langzeituntersuchung deuten darauf hin, dass die generellen Werturteile der Thüringer:innen über die Verfassungstreue hier lebender Muslim:innen weniger stark von der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen abhängen als etwa die migrant:innenfeindlichen Einstellungen (vgl. Abb. 12). Gleichzeitig fügen sich die Ergebnisse in jene bundesweiter Studien ein. Diese zeigen ebenfalls, dass anti-muslimische Ressentiments in der Bevölkerung weit verbreitet sind. So stimmten in der aktuellen Mitte-Studie 18 Prozent der Aussage explizit zu, dass Muslim:innen der Zuzug nach Deutschland untersagt werden solle (Zick et al. 2023, 160f.; siehe auch Decker et al. 2024,

Ausdruck. Dies widerspricht dem Gleichheitsdiktum des Grundgesetzes (Art 3 Abs. 3 GG) und der Thüringer Landesverfassung (Art. 2 Abs. 3 VerfTH).

¹⁸ 13 Prozent stimmten der Aussage „voll und ganz“ zu. Der in Thüringen gemessene Zustimmungswert liegt insgesamt etwa 13 Prozentpunkte unter dem Wert, den die aktuelle Leipziger Autoritarismus-Studie für die Ost-deutschen Bundesländer erhoben hat. Allerdings sind die Werte wegen unterschiedlicher Skalen nur bedingt vergleichbar (Decker et al. 2024, 67).

67).¹⁹ Auch die Aussage, dass man sich durch die Anwesenheit von Muslimen wie ein „Fremder im eigenen Land“ fühle, erfuhr bundesweit in den letzten 15 Jahren Zustimmungswerte zwischen 32 und 56 Prozent (Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 2023, 48).

3. Antisemitismus

Die Messung antisemitischer Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung ist seit seiner Einführung im Jahr 2000 ein zentraler Bestandteil des THÜRINGEN-MONITORS. Antisemitismus ist eine „Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Handlungen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen“ (Pfahl-Traughber 2002, 9).

Box IV.2: Antisemitismus

Antisemitismus ist ein mehrdimensionales Einstellungsmuster. Obgleich mehrere Typologien unterschiedlicher Komplexität verbreitet sind, hat sich eine minimale Unterscheidung von drei Dimensionen etabliert (z. B. Heyder/Iser 2005; Beyer 2015), die auch die Basis für die Untersuchung im THÜRINGEN-MONITOR bildet. Der völkisch-rassistische, primäre Antisemitismus betrachtet Jüdinnen und Juden als von Natur aus minderwertig und schreibt ihnen als vermeintlich homogene Gruppe negative Eigenschaften oder Verschwörungen zu (z. B. Imhoff 2010). Diese Ideologie prägte u. a. den Antisemitismus im Nationalsozialismus und spiegelt sich im THÜRINGEN-MONITOR in der Zustimmung zur Aussage: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ wider. Der sekundäre Antisemitismus zeichnet sich durch die Verharmlosung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen an jüdischem Leben aus. Verbreitete Motive dieser Dimension sind die Forderung nach einem „Schlussstrich“ in der Erinnerungskultur, eine Täter-Opfer-Umkehr oder der Vorwurf, Jüdinnen und Juden versuchten, aus der Shoa Kapital zu schlagen (Stögner 2019). Sekundärer Antisemitismus wird im THÜRINGEN-MONITOR über die Zustimmung zur Aussage: „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“ erhoben.²⁰ Die dritte Dimension, der israelbezogene Antisemitismus, beinhaltet die Abwertung von Jüdinnen und Juden, indem Kritik am Handeln des Staates Israel pauschal auf alle Jüdinnen und Juden übertragen wird (Heyder/Eisentraut 2020, 331; Imhoff 2010). Jene Dimension wird über Zustimmung zur Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ erhoben. Dass es notwendig ist, jene Dimensionen konzeptionell zu trennen, zeigen statistische Analysen, wonach sich aus den drei Fragen kein valider Index bilden lässt.²¹

Die Abwertung von Jüdinnen und Juden aus rassistischen, religiösen oder politischen Motiven ist eine ernstzunehmende Bedrohung für ein friedliches Zusammenleben und die Demokratie. Antisemit:innen sprechen Jüdinnen und Juden die universelle Gleichwertigkeit aller Menschen ab. Dies ist mit einem modernen Demokratieverständnis unvereinbar. Antisemitismus geht

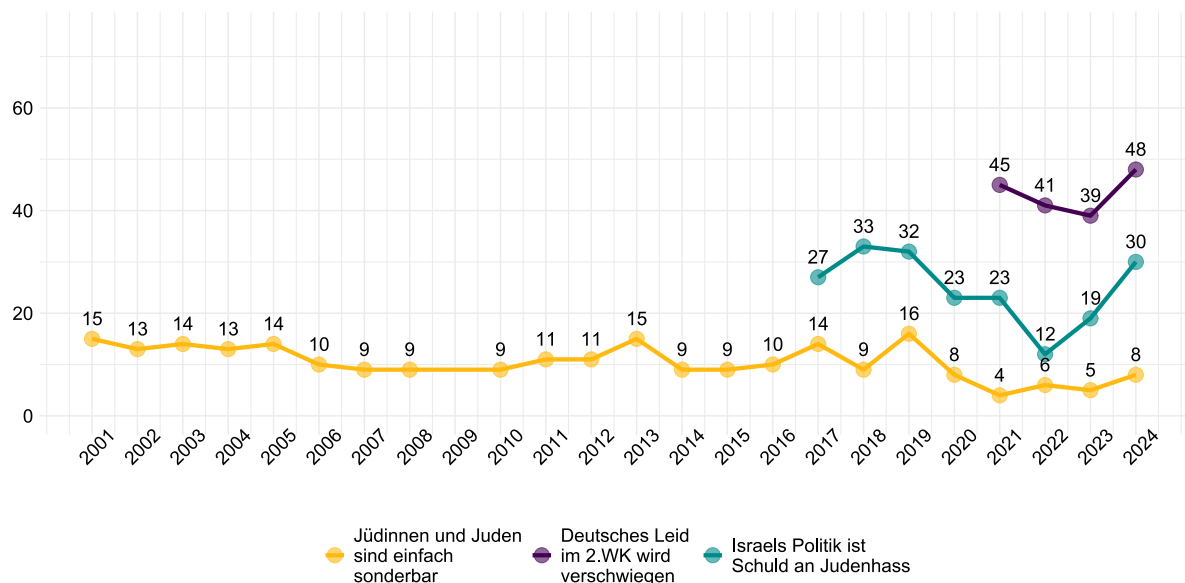
¹⁹ Weitere 23 Prozent antworteten mit der Mittelkategorie „teils/teils“.

²⁰ Jene Aussage eröffnet, neben der Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, auch eine begriffliche Trennung zwischen Juden und Deutschen, die impliziert, dass Jüdinnen und Juden keine Deutschen sein können.

²¹ Die Skalenkonsistenz ist mit einem Cronbachs Alpha von 0.61 als schwach bis moderat einzuschätzen. Analysen aus vergangenen Jahren zeigen bisweilen noch schlechtere Werte zur Skalenkonsistenz, weshalb auf eine weiterführende Modellierung als Index verzichtet wird (vgl. Reiser et al. 2023, 109).

strukturell einher mit dem Glauben an Verschwörungsmythen und der De-Legitimation demokratischer Institutionen (Salzborn 2021). Weiterhin ist Antisemitismus ein Wegbereiter für Bedrohungsszenarien und Gewalttaten gegenüber Jüdinnen und Juden sowie jüdischen Einrichtungen. Schwere antisemitisch motivierte Straftaten, wie etwa der Terroranschlag von Halle am 9. Oktober 2019 machen deutlich, dass Antisemitismus kein alleiniges Phänomen der NS-Zeit ist (vgl. auch Beyer/Liebe 2020). Antisemitismus bleibt im Jahr 2024 eine ernstzunehmende Herausforderung: Seit dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und den darauf folgenden militärischen Offensiven Israels u. a. in Gaza und im Libanon hat die Polarisierung in der öffentlichen Auseinandersetzung zum Nahostkonflikt ein neues Ausmaß angenommen. Mit der Häufung antisemitischer Äußerungen und Straftaten seit Oktober 2023 (Tagesschau 2024b; Zielinski 2024, 19), geht eine gestiegene Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft einher.

Abb. 14 Antisemitische Einstellungen im Zeitverlauf 2001–2024
(Angaben in Prozent)



In allen drei Dimensionen (primärer, sekundärer und israelbezogener) des Antisemitismus ist ein signifikanter Anstieg gegenüber der Vorjahresmessung festzustellen (Abb. 14).²² Im Jahr 2024 sind acht Prozent der Thüringer:innen der Auffassung, dass Personen jüdischen Glaubens „sonderbar“ seien und nicht so recht zu „uns“ passen würden. Jeweils vier Prozent stimmen dieser Aussage „eher zu“ oder „voll und ganz zu“. Mit diesem Wert liegt der Anteil offener antisemitischer Einstellungen in Thüringen weiterhin unter dem Mittel der 2000er und 2010er Jahre. Gegenüber dem Vorjahr ist allerdings ein signifikanter Anstieg um drei Prozent-

²² Allerdings ist auf den großen Anteil der Antwortverweigerungen („weiß nicht“/„keine Angabe“) hinzuweisen: Beim primären und sekundären Antisemitismus lagen diese bei jeweils 13 Prozent, beim israelkritischen Antisemitismus bei 21 Prozent. Eine vergleichbar hohe Zahl der Antwortverweigerungen zeigt sich auch in früheren Wellen des THÜRINGEN-MONITORS.

punkte festzustellen. Der bedeutendste Anstieg ist beim israelbezogenen Antisemitismus zu verzeichnen. 30 Prozent, also 11 Prozentpunkte mehr als 2023²³ und mehr als doppelt so viele Befragte gegenüber dem Jahr 2022 meinen, die Politik Israels sei ein berechtigter Grund für Feindseligkeiten gegenüber Jüdinnen und Juden. Hintergrund für diesen Anstieg ist vermutlich insbesondere eine Kritik an dem militärischen Vorgehen Israels seit dem Angriff der terroristischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Die diesjährige Messung des israelbezogenen Antisemitismus entspricht damit etwa dem Niveau der Jahre 2017 bis 2019. Ein ebenfalls bedeutender Anstieg um neun Prozentpunkte ist beim sekundären Antisemitismus zu verzeichnen: Knapp jede:r zweite Thüringer:in (48 %) ist der Auffassung, Deutsches Leid im zweiten Weltkrieg würde gegenüber der Shoa verharmlost. Der sekundäre Antisemitismus ist damit in der Thüringer Bevölkerung, gefolgt von israel-bezogenem Antisemitismus, am meisten anschlussfähig. Insgesamt stimmen nur vier Prozent allen drei Aussagen zum Antisemitismus zu, während 30 Prozent alle Aussagen ablehnen.

Die statistischen Analysen zeigen, dass Antisemitismus in Thüringen nicht auf einzelne Gruppen beschränkt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist. Es zeigt sich dabei aber weiterführend, dass die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in bildungsferneren Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen etwas weiter verbreitet ist.²⁴ Wie in den vergangenen Jahren können auch in diesem Jahr signifikante Zusammenhänge mit dem Einstellungsmuster des Ethnozentrismus festgestellt werden, besonders beim sekundären und primären Antisemitismus (vgl. Reiser et al. 2024, 117). So sind der primäre und sekundäre Antisemitismus bei Menschen, die sich selbst auf dem ideologischen Spektrum sehr weit rechts verorten, signifikant weiter verbreitet (vgl. zu ähnlichen Ergebnissen Beyer et al. 2024, 45). Jene Antisemitismusdimensionen zeigen zudem signifikante Zusammenhänge mit der Zustimmung zu Verschwörungserzählungen. Dies ist vor dem Hintergrund des genuin verschwörungsideologischen Moments antisemitischer Ideologie nicht überraschend (Salzborn 2021; Simonsen 2020). Beim israelbezogenen Antisemitismus, der zumindest teilweise auch Ausdruck einer kritischen Haltung mit Blick auf die aktuelle israelische Politik sein kann, ergeben die statistischen Analysen keine eindeutigen Erklärungsangebote. Antisemitismus als Form gruppenbezogener Abwertung muss daher aufgrund seiner anhaltenden Verankerung in der Bevölkerung, aber auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Polarisierung in der öffentlichen Auseinandersetzung zum Nahostkonflikt weiterhin als gesamtgesellschaftliche Herausforderung betrachtet werden.

4. Geschlechtsbezogene menschenfeindliche Einstellungen

Wie in früheren THÜRINGEN-MONITOREN wird auch in diesem Jahr die Verbreitung geschlechtsbezogener menschenfeindlicher Einstellungen untersucht. Solche Einstellungen, die kollektive Abwertungen mit geschlechtlichen Eigenschaften begründen, können in unterschiedlichen Facetten auftreten. Der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR beleuchtet dabei drei Ausprägungen:

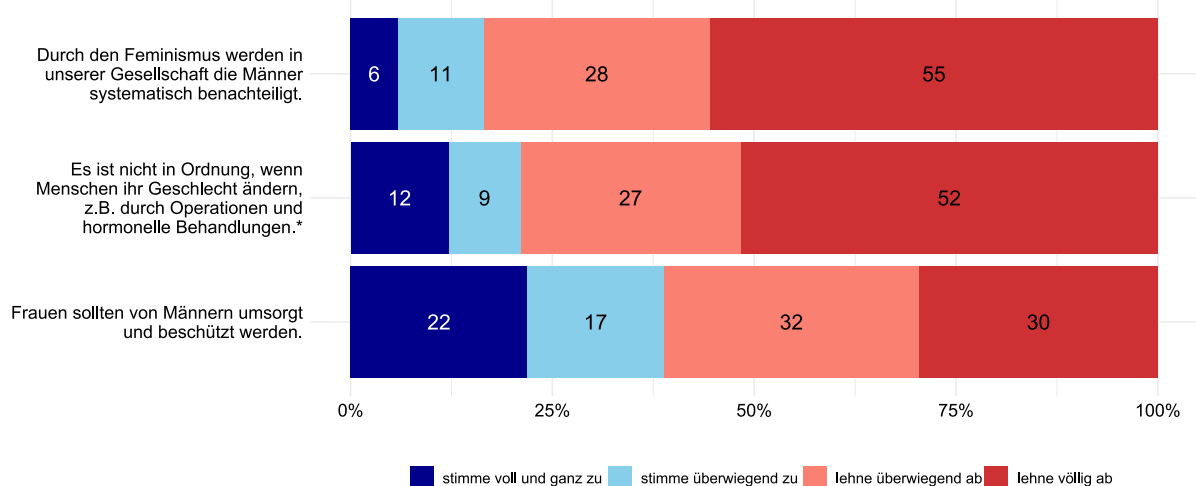
²³ Der Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 fand während des Erhebungszeitraums des THÜRINGEN-MONITORS 2023 statt. Dabei zeigten sich in unseren Daten kurzfristig keine Veränderungen im Antwortverhalten, weder in Bezug auf antisemitische noch auf antimuslimische Einstellungen.

²⁴ Vergleichbare Befunde zeigen sich in einer aktuellen Studie aus Nordrhein-Westfalen (Beyer et al. 2024, 40).

Anhänger:innen eines *Antifeminismus* deuten emanzipatorische Bestrebungen und die gesellschaftliche Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse als vermeintlichen Kampf gegen Männer. Eine häufige Forderung dabei ist der Rückbezug auf traditionell hetero-normative – und dabei hierarchisch angelegte – Geschlechterrollen (Lang/Fritzsche 2018, 340; Schmincke 2018). Dies äußert sich u.a. in vermeintlich positiven, aber hetero-normativen Überzeugungen und Verhaltensweisen, die Frauen in eine untergeordnete Rolle drängen²⁵. Beispiele dafür sind paternalistisches Verhalten oder die Zuschreibung stereotyper Eigenschaften wie Warmherzigkeit und Güte an Frauen (Glick/Fiske 2001, 116f.). *Transfeindlichkeit* bedeutet die Abwertung von Personen, die transgeschlechtlich sind – deren Geschlechtsidentität sich also von ihrem bei der Geburt zugewiesenen biologischen Geschlecht unterscheidet (Schmincke 2018). Dieser Bereich steht gegenwärtig in den Debatten im Kontext der Einführung des Selbstbestimmungs-gesetzes im öffentlichen Fokus (Scharf 2023). Das Bundeskriminalamt weist im Phänomenbereich „Geschlechtsbezogene Diversität“ – worunter auch geschlechtsbezogene Straftaten gegen Transmenschen fallen – für das Jahr 2023 eine zunehmende Häufung der Straftaten aus (Bundeskriminalamt 2024).

Diese Dimensionen geschlechtsbezogener Abwertung werden im THÜRINGEN-MONITOR mit der Zustimmung zu den folgenden Aussagen erhoben: „Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt“ (*Antifeminismus*), „Frauen sollten von Männern umsorgt und geschützt werden“ (*wohlwollender Sexismus*), „Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z. B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen“ (*Transfeindlichkeit*).

Abb. 15 Zustimmung zu geschlechtsbezogenen menschenfeindlichen Aussagen
(Angaben in Prozent)



Anmerkungen: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. *Dieses Item wurde zur besseren Übersichtlichkeit sinngemäß invertiert. Der originale Fragewortlaut ist: „Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z. B. durch Operationen oder hormonelle Behandlungen“.

²⁵ Dies wird als „benevolent sexism“ (zu deutsch „wohlwollender Sexismus“) bezeichnet.

Die antifeministische These einer systematischen Benachteiligung von Männern durch den Feminismus findet mit 17 Prozent die geringste Zustimmung (vgl. Abb. 15). Dabei zeigt sich ein leichter Anstieg gegenüber den letzten Messungen in den Jahren 2022 (13 %) und 2021 (15 %). Erwartungsgemäß ist die Zustimmung zum „wohlwollenden Sexismus“ deutlich verbreiteter, da hier die Abwertungsdimension subtiler wirkt. 39 Prozent stimmen zu, dass Frauen von Männern umsorgt und beschützt werden sollen. Das bedeutet jedoch gleichzeitig, dass die Mehrheit der Thüringer:innen demzufolge kein festes hetero-normatives Gesellschaftsbild pflegt. Auch die Abwertung von Transpersonen, wonach ihnen vorenthalten werden soll, körperliche Merkmale an ihr soziales Geschlecht anzugleichen, findet nur bei einer Minderheit der Thüringer:innen Zustimmung. 79 Prozent finden es in Ordnung, wenn Menschen durch Operationen oder Hormontherapien ihr Geschlecht ändern (vgl. Abb. 15). Bei der letzten Messung dieses Items im Jahr 2019 lag dieser Anteil bei 86 Prozent; 2017 waren es – vergleichbar mit dem aktuellen Wert – 77 Prozent.

Erwartungsgemäß sind geschlechtsbezogene menschenfeindlichen Einstellungen bei Männern weiter verbreitet als bei Frauen.²⁶ Eine Benachteiligung von Männern durch den Feminismus stimmen 21 Prozent der Männer und 11 Prozent der Frauen zu. Die Geschlechterdifferenz bei den anderen beiden Items beträgt sogar jeweils knapp 20 Prozentpunkte.²⁷

²⁶ Über Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau identifizieren, kann aufgrund der geringen Fallzahl (n = 4) keine belastbare Aussage getroffen werden.

²⁷ Der transfeindlichen Aussage stimmen 31 Prozent der Männer und 12 Prozent der Frauen zu. Dass Männer Frauen umsorgen und beschützen sollten, unterstützen 51 Prozent der Männer und 28 Prozent der Frauen.

V. Fazit

Der THÜRINGEN-MONITOR 2024 setzt die Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die seit dem Jahr 2000 jährlich die politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung analysiert. Die von der Thüringer Staatskanzlei geförderte Studie basiert auf einer repräsentativen festnetz- und webbasierten Befragung von 1.817 wahlberechtigten Thüringer:innen, die vom 2. September bis 6. Oktober 2024 durchgeführt wurde.

Langzeitreihen des THÜRINGEN-MONITORS zeigen Einfluss der Krisen

Der THÜRINGEN-MONITOR 2024 widmet sich der empirischen Untersuchung der aktuellen Dynamiken sowie langfristigen Entwicklungen in den politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu den Themen Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Nach den außergewöhnlich hohen Werten bei der Unterstützung für unsere Zufriedenheit mit der Demokratie sowie dem Vertrauen in staatliche Institutionen und den niedrigen Werten in den Einstellungen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit während der Coronapandemie, zeigt sich in diesem Jahr erneut die seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2022 zu beobachtende Angleichung der Einstellungsmuster und Wahrnehmungen nach der Pandemie an das Vor-Corona-Niveau. Zugleich werden in der Fortschreibung der Langzeitreihen des THÜRINGEN-MONITORS die Auswirkungen der dicht aufeinanderfolgenden und sich **überlagernden sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Krisen** auf die politischen Einstellungen der Thüringer:innen eindrucksvoll sichtbar.

Hohe Unterstützung der Idee der Demokratie, aber geringe Demokratiezufriedenheit

Die Unterstützung für die Demokratie bleibt im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR mit 88 Prozent weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Fast neun von zehn Thüringer:innen stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie „die beste aller Staatsideen ist“. Dies stellt im langfristigen Vergleich einen sehr hohen Wert dar. Im Gegensatz dazu stagniert die Zufriedenheit mit der Demokratie auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und bestätigt den seit 2020 beobachtbaren Abwärtstrend. Lediglich 43 Prozent der Befragten zeigen sich zufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert. In engem Zusammenhang damit verharret auch das Vertrauen in die Bundesregierung auf einem sehr niedrigen Niveau. So geben nur 19 Prozent der Befragten an, der Bundesregierung ihr Vertrauen zu schenken.

Das Vertrauen in die Landesregierung ist hingegen im Vergleich zum Vorjahr deutlich um acht Prozentpunkte auf 38 Prozent angestiegen, womit es wieder auf dem Niveau des langjährigen Zeitreihenmittelwertes liegt. Eine hohe Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie und ein geringes Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung zeigen insbesondere Personen, die sowohl ihre eigene wirtschaftliche Lage als auch die wirtschaftliche Situation Thüringens negativ bewerten. Zudem stehen die Unzufriedenheit mit der Demokratie und das Misstrauen gegenüber politischen Institutionen in Zusammenhang mit einem wahrgenommenen Mangel an

Responsivität („Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“), einem Gefühl der Benachteiligung, beispielsweise als Ostdeutsche:r, sowie der Sorge, „durch die gesellschaftlichen Entwicklungen immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“.

Ambivalente Einstellungen zu Demokratie

Insgesamt öffnet sich somit in der Thüringer Bevölkerung die Schere immer weiter zwischen der sehr hohen Unterstützung eines Ideals der Demokratie und der negativen Wahrnehmung, wie diese tatsächlich „in der Praxis funktioniert“. Die hohe Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie führt im Vergleich zu den Vorjahren nicht zu einer steigenden Unterstützung alternativer Gesellschaftsentwürfe zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik sowie zur Verklärung historischer Diktaturen (DDR, Nationalsozialismus). Dennoch stimmen 14 Prozent der Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ zu; 16 Prozent bejahen eine „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ und 41 Prozent schreiben der DDR mehr gute als schlechte Seiten zu. Der überwiegende Teil dieser Personen empfindet darin keinen Widerspruch zu dem Bekenntnis zur Demokratie als beste Staatsidee. Insgesamt zeigt sich somit erneut ein ambivalentes und in Teilen inkonsistentes Bild der Einstellungen der Thüringer:innen im Hinblick auf die Demokratie.

Rechtsextreme Einstellungen weiterhin in Gesellschaft verbreitet

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument einen Anteil von 20 Prozent an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus. Dabei sind ethnozentrische Einstellungsmuster zum dritten Mal in Folge und im Vergleich zu 2023 deutlich um sechs Prozentpunkte auf 41 Prozent angestiegen. Insbesondere fremdenfeindliche Aussagen erfahren in diesem Jahr erhöhte Zustimmungswerte. So stimmen 63 Prozent der Aussage zu „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“. 54 Prozent glauben, dass „die Ausländer nur hierherkommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen“. Auch Aussagen zu einem starken Nationalgefühl („Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“) erfahren weiterhin hohe Zustimmung in der Thüringer Bevölkerung. Neo-nationalsozialistische Einstellungsmuster, d. h., den Nationalsozialismus verharmlosende, sozialdarwinistische, antisemitische und diktaturbefürwortende Einstellungen, sind mit nunmehr sieben Prozent wieder etwas verbreiteter als in den letzten drei Vorjahren, in denen ihr Anteil auf sehr niedrigem Niveau verharrte.

Gestiegene Überlappung rechtsextremer, populistischer und neurechter Einstellungen

Wie in den Vorjahren, zeigt auch der THÜRINGEN-MONITOR 2024 Überschneidungen und Anknüpfungspunkte zwischen populistischen, neurechten sowie rechtsextremen Einstellungen. Neben der großen Gruppe der Thüringer:innen, die keine dieser Einstellungen teilen, lassen sich drei Einstellungsmuster unterscheiden: populistische Einstellungen, autoritärer Ethnozentrismus und die rechtsextreme Demokratieablehnung. Das populistische Einstellungsmuster, das von 60 Prozent der Bevölkerung geteilt wird, ist in Thüringen weiterhin insbesondere durch den Anti-Elitismus und den Anti-Institutionalismus geprägt. So stimmen u. a. mit 64 Prozent erneut fast zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft [...] gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln. 91 Prozent denken, dass „die Politik [...] den wahren Willen des Volkes erkennen und ihn so direkt wie möglich in politische Entscheidungen umsetzen“ muss. Interessanterweise ist die Befürwortung der direkten Demokratie als (alleinigem) Ausdruck der Volkssouveränität im Vergleich zu 2023 von 78 auf 69 Prozent gesunken. Eng mit dem Populismus verbunden sind Vorstellungen eines absichtlichen Bevölkerungsaustauschs durch die Eliten („Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen“), die Wahrnehmung eingeschränkter Meinungsfreiheit sowie die Überzeugung von der Notwendigkeit zum Widerstand. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Verbindung des einstellungsmäßigen Populismus mit ethnozentrischen Einstellungen erneut angestiegen. Während der Anteil im Jahr 2022 bei knapp 30 Prozent und im Jahr 2023 bei knapp 50 Prozent lag, teilen nun 57 Prozent der Thüringer:innen mit populistischen Einstellungen auch rechtsextreme Einstellungsmuster. Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen hat sich also weiter in Richtung *Rechtspopulismus* entwickelt.

Für die Erklärung des Rechtsextremismus und des (Rechts-)Populismus bestätigen sich die bereits in den Vorjahren festgestellten Faktoren: Autoritarismus, der Wunsch nach traditioneller Lebensführung und die soziale Dominanzorientierung. Auch Gefühle der Benachteiligung, die Furcht vor Statusverlust und die *wahrgenommene* soziale Lage fördern diese Einstellungsmuster, während sich die Unterstützung der Demokratie und politische Partizipation hemmend auswirken.

Deutliche Zunahme antisemitischer Einstellungen

Die Abwertung von Jüdinnen und Juden aus rassistischen, politischen oder religiösen Motiven ist ein kontinuierliches Problem unserer Gesellschaft, was sich u. a. im Anstieg an antisemitischer Hasskriminalität und Verschwörungserzählungen in den vergangenen Jahren besonders deutlich zeigt. Der Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die darauffolgende militärische Offensive Israels im Gazastreifen gehen nicht nur mit einem erheblichen Anstieg an antisemitischen Straftaten einher, sondern auch mit einer gestiegenen und kontroversen Auseinandersetzung um Antisemitismus in der Gesellschaft. Dies spiegelt sich in den Einstellungen der Thüringer:innen. So zeigt der THÜRINGEN-MONITOR 2024 einen signifikanten Anstieg der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen und liegt nun wieder

auf dem Niveau der Vor-Corona-Jahre. Acht Prozent stimmen der Aussage „die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ Insofern bleibt der primäre, völkisch-rassistische Antisemitismus in der Langzeitbeobachtung des THÜRINGEN-MONITORS auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Bei der Zustimmung zum sekundären Antisemitismus, der sich in einer Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus zeigt, ist im Vergleich zum Vorjahr hingegen ein sehr deutlicher Anstieg von 39 auf nun 48 Prozent zu verzeichnen. Der israelbezogene Antisemitismus verzeichnet im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls einen starken Anstieg um 11 Prozentpunkte was etwa dem Niveau der Jahre 2017 bis 2019 entspricht. So meinen nun 30 Prozent der Thüringer:innen, dass die Politik Israels ein berechtigter Grund für Feindseligkeiten gegenüber Jüdinnen und Juden sei. Hintergrund für diesen Anstieg ist vermutlich auch die Kritik an dem militärischen Vorgehen Israels seit dem Angriff der terroristischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Weiterhin gilt, dass verstärkte Anstrengungen in der politischen Bildung und Prävention unternommen werden sollten, um die Resilienz gegenüber anti-demokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu erhöhen.

Literaturverzeichnis

- Akkerman, A. / Mudde, C. / Zaslove, A. (2014). How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies*, 47(9), 1324–1353.
- Best, H. / Salomo, K. (2014). Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt.
- Best, H. / Vogel, L. (2022). Was messen und wie messen wir, wenn wir ‚Rechtsextremismus‘ messen? Eine Validierung auf der Grundlage des Thüringen-Monitors. In: Beelmann, Andreas, & Michelsen, Danny (Hrsg.), *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration*. Wiesbaden: Springer VS, 27–58.
- Beyer, H. (2015). Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67(3), 573–589.
- Beyer, H. / Liebe, U. (2020). Diskriminierungserfahrungen und Bedrohungswahrnehmungen von in Deutschland lebenden Juden. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 127–148.
- Beyer, H. / Rensmann, L. / Brögeler, H. / Jäger, D. / Schulz, C. (2024). Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024. Hg. v. Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Brettschneider, F. (2023). Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland. Präsentation. https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2023-08_Populismus_und_Demokratie.pdf, Zugriff am 14.03.2024.
- Brewer, M. B. (1999). The Psychology of Prejudice: Ingroup Love and Outgroup Hate? *Journal of Social Issues*, 55(3), 429–444.
- Brons, L. L. (2015). Othering, an analysis.
- Bundeskriminalamt (BKA) (2024). Politisch motivierte Kriminalität, Bundesweite Fallzahlen 2023. Fact Sheet 21.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html>, Zugriff am 06.12.2024.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024). Verfassungsschutzbericht 2023. Fakten und Tendenzen. Kurzzusammenfassung. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.pdf?__blob=publication-File&v=6, Zugriff am 06.12.2024.
- Dancygier, R. (2023). Hate crime supporters are found across age, gender, and income groups and are susceptible to violent political appeals. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 120(7).
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In: Decker, Oliver, & Brähler, Elmar (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 15–64.
- Decker, O. / Kiess, J. / Heller, A. / Brähler, E. (2024). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller & Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 29–99.
- Decker, O. / Kiess, J. / Heller, A. / Brähler, E. (Hrsg.) (2024). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und Rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismusstudie 2024*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dietz, M. / Roßteutscher, S. / Scherer, P. / Stövsand, L. (2021). Rally effect in the Covid-19 pandemic: the role of affectedness, fear, and partisanship. *German Politics*, 32(4), 643–663.

- DIW (2024). Deutsche Wirtschaft dümpelt vor sich hin – Belebung wird zur Zitterpartie, 12.12.2024, https://www.diw.de/de/diw_01.c.929764.de/deutsche_wirtschaft_duem-pelt_vor_sich_hin_belebung_wird_zur_zitterpartie.html, Zugriff am 06.01.2025.
- Easton, D. (1965). A system analysis of political life, New York: Wiley.
- Easton, D. (1975). A re-assessment of the concept of political support, *The British Journal of Political Support*, 5(4), 435-457.
- Europäische Kommission (2024). Standard Eurobarometer 102. Public opinion in the European Union. First Results Report, October-November 2024, Brüssel.
- ezra; MOBIT e.V.; KomRex; IDZ Jena (Hg.) (2024). Thüringer Zustände. Fakten und Analysen 2023. Jena. Online verfügbar unter <https://ezra.de/wp-content/uploads/2024/06/IDZ-ThuerZustaende24-Broschur-170x240mm-D-gesamt-web-Einzelseiten.pdf>, Zugriff am 06.12.2024.
- Forschungsgruppe Wahlen (2024). Langzeitentwicklung wichtiger Trends aus dem Politbarometer zu politischen Themen. Politik II. https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/, abgerufen am 11.12.2024.
- Glick, P. / Fiske, S. T. (2001). Ambivalent sexism, *Advances in Experimental Social Psychology*, 33, 115–188.
- Häussler, A. / Küpper, B. (2019). Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft, in: Zick, A., Küpper, B., & Berghan, W. (Hrsg.) (2019): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Dietz-Verlag, S. 147-172.
- Hebenstreit, J. / Fürnberg, O. / Reiser, M. (2022). Einstellungen zur Demokratie in Thüringen: Analysen zu Stabilität und Wandel aus der Langzeitperspektive des Thüringen-Monitors, in: Beelmann, A. & Michelsen, D. (Hrsg.), *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen*, Wiesbaden: Springer VS, 59-80.
- Hebenstreit, J. / Holtmann, E. / Jaeck, T. / Lutz, L.-M. / Pollak, R. / Reiser, M. / Sand, M. / Zissel, P. (2023). Deutschland-Monitor '23. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: Stadt und Land.
- Hebenstreit, J. / Holtmann, E. / Jaeck, T. / Pollak, R. / Reiser, M. / Sand, M. / Zissel, P. (2025). Deutschland-Monitor 2024. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“
- Hebenstreit, J. / Reiser, M. (2023). Politische Unterstützung im Dauerstresstest – Einstellungen zur Demokratie in Thüringen seit der Jahrtausendwende, *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(4), 737-762.
- Heitmeyer, W. (Hg.) (2003). Deutsche Zustände. Folge 2, Berlin: Suhrkamp.
- Heyder, A. / Decker, O. (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten, in: Langenohl, A. / Schraten, J. (Hrsg.), *(Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert*, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 189–222.

- Heyder, A. / Eisentraut, M. (2020). Antisemitismus und Autoritarismus – Eine traditionell stabile Beziehung? Eine empirische Studie unter Berücksichtigung von Messinvarianz anhand der ALLBUS-Daten 1996/2006/2012/2016, in: Mays, A. / Dingelstedt, A. / Hambauer, V. / Schlosser, S. / Berens, F. / Leibold, J. / Höhne, J. K. (Hg.), *Grundlagen - Methoden - Anwendungen in den Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 327–344.
- Heyder, A. / Iser, J. / Schmidt, P. (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: *Deutsche Zustände*.
- Hooghe, M. / Stiers, D. (2016). Elections as a democratic linkage mechanism: How elections boost political trust in a proportional system, *Electoral Studies*, 44, 46-55.
- Imhoff, R. (2010). Zwei Formen des modernen Antisemitismus? Eine Skala zur Messung primären und sekundären Antisemitismus, in: *Conflict & Communication*, 9(1).
- infratest dimap (2024). Thüringen TREND 2024. Regierungszufriedenheit zur jeweiligen Landtagswahl und der aktuellen Legislatur, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/laendertrend/2024/august/>, Zugriff am 11.12.2024.
- Kreis, J. (2007). Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien, Berlin (Arbeitshefte aus dem Otto-Stamm-Zentrum, 12).
- Küpper, B. / Zick, A. / Rump, M. (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21, in: Zick, A. / Küpper, B. (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, S. 75-111.
- Lang, J. / Fritzsche, C. (2018). Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht, in: *Feministische Studien*, 36(2), S. 335–346.
- Lobo, S. (2023). Die große Vertrauenskrise: Ein Bewältigungskompass, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Manow, P. (2018). Die politische Ökonomie des Populismus. Erste Auflage, Sonderdruck, Originalausgabe, Edition Suhrkamp, 2728.
- MDR (2024a). Vierte Tarifrunde bei Volkswagen ohne Ergebnis, 10.12.2024, <https://mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/vw-vierte-verhandlungsrunde-ende-ergebnis-100.html>.
- MDR (2024b). Rund 9.000 Teilnehmer bei Demonstration gegen Rechtsextremismus in Erfurt, 20.01.2024, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/demonstration-afd-erfurt-demokratie-rechts-100.html>.
- MDR (2024c). "Natürlich habe ich Angst": Tausende bei Großdemonstration in Erfurt, 24.08.2024, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/demonstration-protest-landtag-102.html>.
- Mudde, C. / Rovira Kaltwasser, C. (2012). Populism in Europe and the Americas: threat or corrective for democracy?, Cambridge; New York: Cambridge University Press.
- Mustafa, I. (2023). Der Islam gehört (nicht) zu Deutschland. Islam und antimuslimischer Rassismus in Parteiensystem und Bundestag, unter Mitarbeit von Bailey Ojiodu-Ambrose und Manal Laabich, Bielefeld: transcript Verlag.

- Norris, P. (Hrsg.) (2011). *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*, Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Norris, P. / Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pfahl-Traughber, A. (2002). *Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- RIAS (2024). Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023, https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf.
- RIAS Thüringen (2024). Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023, https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfa%CC%88lle_Rias_Thu%CC%88ringen_2023.pdf.
- Salzborn, S. (2021). Verschwörungsmymen und Antisemitismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/apuz/verschwoerungstheorien-2021/339288/verschwoerungsmymen-und-antisemitismus>.
- Scharf, S. (2023). Was steht im Selbstbestimmungsgesetz (und was nicht)?, *SPIEGEL*. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/selbstbestimmungsgesetz-was-steht-da-ueberhaupt-drin-a-b7746524-9789-4b3f-a537-9c5b72fc7407>, Zugriff am 06.12.2024.
- Schmincke, I. (2018). Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 17, S. 28–33.
- Simonsen, K. B. (2020). Antisemitism and Conspiracism, in: Knight, P. & Butter, M. (Hrsg.), *Routledge Handbook of Conspiracy Theories*, 1. Aufl., Routledge.
- Stichs, A. / Pfündel, K. (2023). Diskriminierungserfahrungen von Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern, Hg. v. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Online verfügbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/90783/ssoar-2023-stichs_et_al-Diskriminierungserfahrungen_von_Menschen_aus_muslimisch.pdf?sequence=1&isAllowed=y, Zugriff am 06.12.2024.
- Stögner, K. (2019). Sekundärer Antisemitismus - Aktualisierung eines Beitrags der Kritischen Theorie zur Nachkriegssoziologie, in: Kranebitter, A. / Reinprecht, C. (Hrsg.), *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich*, Bielefeld: transcript Verlag (Sozialtheorie), S. 535–552.
- Sumner, W. G. (1906). *Folkways, a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores and morals*, New York: Ginn.
- Tagesschau (2024a). Thyssenkrupp-Stahlsparte streicht Tausende Stellen, 25.11.2024, Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/thyssenkrupp-stellenabbau-stahlsparte-zukunftskonzept-100.html>.
- Tagesschau (2024b). Zahl antisemitischer Straftaten hat sich verdoppelt, Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/polizei-antisemitismus-faeser-israel-100.html>, zuletzt aktualisiert am 04.10.2024.
- Tagesschau (2024c). Viele neue Mitglieder für die großen Parteien, in: *Tagesschau* vom 01.02.2024, Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/parteien-mitglieder-zuwachs-100.html>.

- Taggart, P. (2002). Populism and the Pathology of Representative Politics, in: Mény, Y. & Surel, Y. (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke, Hampshire [u.a.]: Palgrave, S. 62–80.
- Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (2023). *Muslimfeindlichkeit - Eine deutsche Bilanz: Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit*.
- van der Meer, T. / van Erkel, P. F. A. (2023). Moving beyond the political trust crisis debate: Residual analyses to understand trends in political trust, in: *European Journal of Political Research*, 63(3), 1240-1257.
- Vehrkamp, R. / Merkel, W. (2020). *Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*, Bertelsmann-Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Studie_Populismusbarometer_2020.pdf, Zugriff am 9.9.2021.
- ZDF (2024). Tarifkonflikt in Metallindustrie: Wo jetzt gestreikt wird, 29.10.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/ig-metall-tarifrunde-warnstreik-100.html>.
- Zick, A. / Mokros, N. (2023). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Zick, A. / Küpper, B. / Mokros, N. (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, 2. korr. Auflage, Bonn: Dietz, S. 53-90.
- Zick, A. / Küpper, B. / Mokros, N. (Hrsg.) (2023). *Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, 2. korr. Auflage, Bonn: Dietz.
- Zick, A. / Hövermann, A. / Krause, D. (2012). Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 10*, Berlin: Suhrkamp, S. 64–86.
- Zielinski, S. (2024). Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen, Hg. v. Amadeu Antonio Stiftung, Berlin (RIAS Thüringen).
- Zmerli, S. (2020). Politisches Vertrauen, in: Faas, T., Gabriel, O. W. & Maier, J. (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*, Baden-Baden: Nomos, S. 248-272.

Anhang 1: Regressionsmodelle

Abb. 16 Einflussfaktoren auf die Demokratiezufriedenheit: 2023 und 2024 im Vergleich
(Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	Demokratiezufriedenheit	
	2023	2024
Demokratieunterstützung (höher)	,036 (,034)	,043 (,029)
Vertrauen in Bundesregierung (höher)	,331*** (,027)	,215*** (,024)
Vertrauen in Landesregierung (höher)	,023 (,024)	,181*** (,022)
Wirtschaftliche Lage in Thüringen (besser)	,054 (,043)	,110*** (,043)
Alter (höher)	-,006 (,016)	-,076*** (,017)
Bildungsabschluss (höher)	-,013 (,025)	-,053* (,026)
Geschlecht (weiblich)	-,044 (,042)	-,024 (,040)
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	-,031 (,016)	-,026 (,015)
Interne politische Selbstwirksamkeit (höher)	,013 (,029)	,010 (,027)
Externe politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	-,080** (,020)	-,090*** (,021)
Responsivitätswahrnehmung (höher)	,235*** (,027)	,145*** (,026)
Relative Deprivation (höher)	,061 (,032)	-,118*** (,032)
Ostdeprivation (höher)	-,149*** (,073)	-,004 (,067)
Statusverlustangst (höher)	-,035 (,021)	-,114*** (,022)
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechts)	-,078* (,022)	-,112*** (,022)
$R^2_{\text{kor}} * 100$ (Anteil erklärter Varianz)	48,5	49,1
Fallzahl (N)	704	1.041

Hinweis: Standardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern;

Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$

Abb. 17 Einflussfaktoren auf das Institutionenvertrauen in die Bundes- und Landesregierung: 2023 und 2024 im Vergleich
(Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	BReg		LReg	
	2023	2024	2023	2024
Demokratieunterstützung (höher)	,106*** (,047)	,067** (,038)	,136*** (,056)	,120*** (,042)
Demokratiezufriedenheit (höher)	,311*** (,051)	,271*** (,039)	,154*** (,061)	,284*** (,044)
Wirtschaftliche Lage in Thüringen (besser)	,075** (,060)	,066** (,058)	,143*** (,072)	,085** (,064)
Alter (höher)	-,029 (,023)	-,016 (,023)	,065* (,027)	,141*** (,025)
Geschlecht (weiblich)	,007 (,060)	,049* (,053)	-,028 (,072)	,004 (,060)
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	-,028 (,023)	-,016 (,020)	-,029 (,027)	,006 (,022)
Bildungsabschluss (höher)	,116*** (,035)	,049* (,035)	-,033 (,042)	-,050 (,039)
Interne politische Selbstwirksamkeit (höher)	-,045 (,040)	-,039 (,035)	-,059 (,049)	-,136*** (,040)
Externe politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	-,086** (,028)	-,129*** (,028)	-,049 (,034)	-,043 (,031)
Responsivitätswahrnehmung (höher)	,293*** (,037)	,249*** (,033)	,159*** (,044)	,112*** (,038)
Relative Deprivation (höher)	,046 (,044)	-,006 (,043)	-,076* (,054)	-,042 (,048)
Ostdeprivation (höher)	,011 (,105)	-,055* (,087)	,008 (,126)	-,160*** (,098)
Statusverlustangst (höher)	-,053 (,029)	-,042 (,029)	-,023 (,035)	,047 (,032)
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechts)	-,121*** (,030)	-,134*** (,029)	-,261*** (,036)	-,205*** (,032)
R ² _{kor} *100 (Anteil erklärter Varianz)	53,6	47,2	31,9	39,7
Fallzahl (N)	713	1.068	707	1.041

Hinweis: Standardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern;

Signifikanzniveaus: *p< 0,05; **p< 0,01; ***p< 0,001

Abb. 18 Einflussfaktoren rechtsextremer und -populistischer Einstellungen 2024
(Multivariate lineare Regressionen, beta-Werte)¹

Einflussfaktoren	Rechtsextrem- ismus	(Rechts-)Popu- lismus
Geschlecht (weiblich)	-.04	-.01
Lebensalter (18-24 Jahre)	0	.02
Lebensalter (60 Jahre und älter)	.01	-.05
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	-.02	0
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	-.03	.04
Berufstätig (noch nicht/nicht mehr)	-.04	-.06
Art der Berufstätigkeit ((Fach-)Arbeiter)	-.02	-.02
Arbeitslos (ja)	-.06*	-.01
Arbeitsplatz gefährdet (ja)	.04	.03
Individuelle Deprivation (höher)	.06*	.05
Statusverlustangst (höher)	-.02	.09**
Ostdeprivation (ja)	.08**	.07*
Persönl. Ost-Diskriminierungserfahrung (ja)	.02	.08**
Demokratieunterstützung (höher) ²	-.15***	-.33***
Politische Partizipation (höher)	-.09***	-.09***
Persönlicher Autoritarismus (höher)	.34***	.2***
Soziale Dominanzorientierung (höher)	.28***	.18***
Traditionen aufrechterhalten (höher)	.19***	.21***
<i>R²*100 (Anteil erklärter Varianz)</i>	60.7	60.1
Fallzahl N	663	680

¹ Es werden nur Effekte mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit < .05 als statistisch signifikant markiert.

² Die Demokratieunterstützung in den Modellen für Populismus enthält nicht die Demokratiezufriedenheit, die Bestandteil der Messung von Populismus ist.

Signifikanzniveaus: *p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001

Anhang 2: Stichprobeninformationen

	abs.	%
Gesamt	1.817	
Geschlecht		
männlich	870	48
weiblich	935	52
Alter		
18-24 Jahre	116	6
25-34 Jahre	167	9
35-44 Jahre	278	15
45-59 Jahre	434	24
60 Jahre und älter	822	45
Schulabschluss		
unter 10. Klasse	332	18
10. Klasse	957	53
Abitur	221	12
(Fach-)Hochschule	307	17
Erwerbstätigkeit		
erwerbstätig	878	49
in Ausbildung	81	4
arbeitslos	35	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	808	45
Berufsgruppe		
Arbeiter	251	29
Angestellte	482	56
Beamte	52	6
Landw./Selbst./Freib.	78	9
Religionsgemeinschaft		
keine, andere	1216	69
evangelisch	430	24
katholisch	120	7
Ortsgröße		
bis 5.000 Einwohner	816	47
bis 20.000 Einwohner	301	17
bis 50.000 Einwohner	238	14
über 50.000 Einwohner	390	22
Planungsregion		
Nordthüringen	305	17
Mittelthüringen	513	29
Ostthüringen	603	34
Südwestthüringen	368	21
Landkreise	1350	75
Kreisfreie Städte	439	25

Anhang 3: Methodik des THÜRINGEN-MONITORS

Der THÜRINGEN-MONITOR basiert auf einer repräsentativen Befragung der wahlberechtigten Thüringer Bürger:innen ab 18 Jahren. Seit dieser Erhebungswelle basiert die Befragung des THÜRINGEN-MONITOR auf einer kombinierten Befragung aus Telefonbefragung (CATI) und Webbefragung (CAWI). Diese Anpassung von einem rein telefonbasierten zu einem kombinierten Design aus Telefon- und Webbefragung begründete sich aus den sich wandelnden Kommunikationsgewohnheiten der Thüringer:innen. So haben zunehmend weniger Thüringer:innen gerade in den jüngeren Altersgruppen einen Festnetzanschluss, was deren Erreichbarkeit über eine reine Festnetz-Telefonstichprobe zunehmend erschwerte.

CAWI-Befragung: Die Ziehung der Adressen der online zu befragenden Personen basiert auf einer Einwohnermeldeamtsstichprobe.²⁸ Für die CAWI-Befragung werden ca. 50 Thüringer Gemeindeämter ausgewählt und in deren Datenbank eine Gruppenstichprobe von ca. 200 Adressen²⁹ gezogen. Um alle Personen zur Teilnahme zu gewinnen, werden sie postalisch angeschrieben und erhalten mit dem Schreiben einen Weblink und einen Zugangscode für die Befragung. Mit dieser Einladung können die ausgewählten Personen einen Onlinefragebogen selbstständig aufrufen und beantworten.

CATI-Befragung: Für die telefonische Befragung werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Im Gegensatz zu den Handy-Vorwahlnummern der nationalen Mobilfunkanbieter geht aus den Festnetz-Vorwahlnummern nämlich die Zugehörigkeit zu Thüringen hervor. Zur Sicherheit wird bei Vorwahlnummern von Ortsnetzen, die an der Landesgrenze liegen, noch einmal bei den interviewten Personen nachgefragt, ob sie Thüringer:innen sind. Bei regionalen Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) ist es bis in die jüngste Vergangenheit nicht möglich, auch Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer:innen bestimmt werden muss. Dies ist vor dem Hintergrund der Bestimmungen der geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Erhebungszeitpunkt nicht möglich. Alternativ müsste zu Beginn jedes Interviews zunächst eine entsprechende Abfrage erfolgen, was entsprechend aufwändig und kostenintensiv wäre. Allerdings ist eine Kombination von Festnetzanschlüssen und Mobilfunknummern bei Repräsentativbefragungen in Bundesländern mit hohen Einwohner:innenzahlen (z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern) mittlerweile möglich.

Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern für die Interviews erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wird. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, 2-mal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Diese Telefonnummernliste (Auswahlgrundlage) ist

²⁸ Die Einwohnermeldeamtsstichprobe wird über eine zweistufige Ziehung realisiert. In einem ersten Schritt wird dabei Größenproportional zur Bevölkerung die Gemeinde gezogen und in einem zweiten Schritt disproportional die gleiche Anzahl von Personen innerhalb der Gemeinde gezogen. Dadurch wird das Stichprobendesign selbstgewichtigend.

²⁹ Die genaue Anzahl der gezogenen Adressen richtet sich nach der Einwohnerzahl in den Gemeinden. D.h., in den größeren Städten werden selbstverständlich mehr Adressen benötigt.

i. d. R. so zusammengesetzt, dass die Anzahl der Telefonnummern mit unterschiedlichen Ortsvorwahlen ungefähr den jeweiligen Einwohner:innenzahlen entspricht (zum Beispiel: Da in Erfurt ungefähr ein Zehntel der Thüringer Bevölkerung lebt, hat auch ein Zehntel der Telefonnummern in der Auswahlgrundlage eine Erfurter Ortsvorwahl). Im Endergebnis stammen dann normalerweise drei Viertel der Befragten aus den Thüringer Landkreisen und ein Viertel aus den kreisfreien Städten, was näherungsweise auch mit den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik übereinstimmt.

Die telefonischen Interviews finden v. a. werktags in den Nachmittags- und Abendstunden statt, um auch berufstätige und mobile Thüringer:innen erreichen zu können. Die Interviews werden von Interviewer:innen durchgeführt, die speziell für sozialwissenschaftliche Befragungen geschult worden sind und i. d. R. selbst ein sozialwissenschaftliches Fach studieren. Die Einwahl wird vom Computer automatisch vorgenommen. Das Befragungsinstitut hat keine Telefonbücher mit Namen oder Adressen der Befragten, die Befragung erfolgt völlig anonym. Befragt wird immer die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Bei der Gesprächsanbahnung wird auch nach der Wahlberechtigung und dem Alter gefragt und anhand der Stimme der Befragten ihr Geschlecht bestimmt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend der demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen.³⁰ Genau genommen handelt es sich also um keine reine Zufallsauswahl der Befragten. Nur mit Hilfe dieser Quotierung kann eine repräsentative Stichprobe gebildet werden, auf deren Grundlage Aussagen über die gesamte Wahlbevölkerung Thüringens zulässig sind. Die Fragen werden vom Bildschirm abgelesen, die Antworten durch die Interviewer:innen in eine Datenmaske eingegeben (spezielle Interview-Software).

Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe gewichtet, um Repräsentativität zu erzielen. Zunächst werden Designgewichte (nach dem Kalton-Anderson-Ansatz) berechnet und anschließend durch Anpassungsgewichte (u. a. nach Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße) modifiziert. Das finale Gewicht ergibt sich nach Normierung und Trimmen auf das 0,025- und 0,975-Perzentil. Das heißt, die proportionale Zusammensetzung der Stichprobe nach diesen Merkmalen wird entsprechend den genauen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik mathematisch korrigiert. Beginnend mit dem THÜRINGEN-MONITOR 2021 wurde die GewichtungsvARIABLE auf Basis einer veränderten Abfrage der Bildungsabschlüsse der Befragten errechnet. Die Abfrage der Bildung im THÜRINGEN-MONITOR entspricht nun der Aufgliederung der BildungsvARIABLE im Mikrozensus in höchsten Schulabschluss und höchsten berufsbildenden Abschluss. Schwankungen in den Gesamtergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS, die auf die veränderte Berechnung der Gewichtung zurückzuführen sind, sind dabei marginal (im Bereich von null bis zwei Prozentpunkten).

Alle in der Befragung gemessenen Werte (z. B. Anteil einer Antwort auf eine Frage in Prozent) unterliegen Schwankungen (Fehlertoleranzen bzw. sogenannte Irrtumswahrscheinlichkeiten). Es lässt sich ein sogenannter „Stichprobenfehler“ berechnen, aus dem der Schwankungsbereich (sogenanntes Konfidenzintervall) abgeleitet wird. Es ist anzunehmen, dass der Wert in der

³⁰ In der webbasierten Befragung geben die Befragten ihr Geschlecht selbst an. Hier wird – anders als in der telefonischen Befragung – die Option „divers“ erhoben. Aufgrund der extrem geringen Fallzahl kann diese Kategorie in den Auswertungen nicht separat berücksichtigt werden.

Grundgesamtheit (hier: das „tatsächliche“ Antwortverhalten der gesamten Thüringer Wahlbevölkerung) mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in diesem Bereich liegt. Weil der Schwankungsbereich bei Stichprobendaten immer besteht, werden im THÜRINGEN-MONITOR alle Prozentangaben ohne Kommata berichtet, also ganzzahlig gerundet. Unterschiede zwischen Anteilswerten werden nur diskutiert und interpretiert, wenn sich die Schwankungsbereiche der Anteilswerte nicht überschneiden. In diesem Fall wird von einem „statistisch signifikanten“ Unterschied ausgegangen.

Die indikatorengestützte Einstellungsmessung, wie sie im THÜRINGEN-MONITOR zum Einsatz kommt, basiert auf dem theoretischen Grundgedanken, dass das *Antwortverhalten* der Befragten gewisse Rückschlüsse auf deren jeweilige *Einstellungen* zulässt: Wer nicht der jeweiligen Meinung gewesen wäre, hätte anders antworten können; bei Unentschlossenheit, Beurteilungsschwierigkeit oder Verständnisproblemen bliebe immer noch die Möglichkeit der Antwortverweigerung. Allerdings kann die Zustimmung- oder Ablehnungstendenz sehr unterschiedlich ausgeprägt sein, da es z. B. „harte“ und „weichere“ Formulierungen gibt. Darüber hinaus gibt es eine große Bandbreite an Möglichkeiten, wie ein bestimmter Sachverhalt thematisiert und ausgedrückt werden kann. Daher ist immer diskutabel, ob wirklich das erfasst wird, was auch erfasst werden soll, also eine valide Messung stattfindet. Das Antwortverhalten verweist auf Einstellungen und lässt *Deutungen* über sie zu; es kann jedoch nicht mit ihnen *gleichgesetzt* werden. Umgekehrt gilt: Wer beispielsweise bestimmte Aussagen ablehnt, kann dennoch Einstellungen haben, die sich gegebenenfalls anders äußern und dementsprechend anders gemessen werden müssten. Erst recht muss ein bestimmtes Antwortverhalten nicht kongruent mit tatsächlichem Handeln sein. In der anonymen Befragungssituation, wie sie beim THÜRINGEN-MONITOR vorliegt, bleibt die Zustimmung zu den Aussagen ohne soziale Folgen für die Befragten. Daher wird davon ausgegangen, dass sie weitestgehend gemäß ihrer tatsächlichen Meinung antworten und weniger entsprechend der von ihnen wahrgenommenen oder vermuteten sozialen Erwünschtheit. Ob dies wirklich so ist, lässt sich schwerlich überprüfen. Um bei einer wissenschaftlichen Messung der Komplexität von Einstellungen zu komplexen gesellschaftlichen Phänomenen näherungsweise gerecht werden zu können, werden den Befragten zu einem Thema vorzugsweise immer mehrere Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Nur wenn sich daraus Muster ableiten lassen (z. B. die gleichzeitige Zustimmung zu mehreren Fragen, das Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes usw.), kann mit einiger *Plausibilität* auf zugrundeliegende Einstellungen geschlossen werden.

Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen sind nie in Stein gemeißelt – sie erheben keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit und lassen dementsprechend nur näherungsweise Aussagen über Sachverhalte und Zusammenhänge zu. Allerdings wird durch die Methoden der sozialwissenschaftlichen Statistik eine systematische Durchführung und Auswertung gewährleistet. Die Befragungsergebnisse dienen in erster Linie einer faktenbasierten Diskussion über den jeweiligen Gegenstandsbereich; die Interpretationen der Wissenschaftler:innen sollten also vor allem als Gesprächsangebote verstanden werden. Wenn Sie Fragen zur Methodik haben, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wurde, können Sie sich gern schriftlich an das Team der Autor:innen wenden oder uns auch am Rande öffentlicher Veranstaltungen zum THÜRINGEN-MONITOR ansprechen.

Anhang 4: Methoden-Glossar

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz/Schuster 2016). So können z. B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechtsextremismus* oder „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*.

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe *Konfidenzintervall*.

Konfidenzintervall: Jeder in einer *repräsentativen* Befragung ermittelte Messwert (z. B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* behandelt werden, da immer ein *Stichprobenfehler* auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen (schätzen), in welchen Unter- und Obergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring/Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz/Schuster 2016). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als „*nicht signifikant*“; d. h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. 95-Prozent-Konfidenzintervalle für arithmetische Mittelwerte werden in diesem Gutachten durch die Angaben „95%-KI-Untergrenze“ und „95%-KI-Obergrenze“ ausgewiesen.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogen. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring/Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein *Hinweis* auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch gut begründbar und plausibel sein; beispielsweise sollte die Ursache der Wirkung nachweisbar zeit-

lich vorausgehen usw. Außerdem sind Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen und Verzerrungen auszuschließen (z. B. in multivariaten Verfahren wie der *Regression*).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der *linearen Regression* zur Schätzung der Regressionskonstante und der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen bzw. Prädiktoren) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der *multiplen linearen Regression* hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d. h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz & Schuster 2016, Diaz-Bone 2019).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein „Kausalmodell“ zugrunde, in dem *Annahmen* über einen linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen (Prädiktoren) an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz & Schuster 2016, Diaz-Bone 2019).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (vgl. Schnell et al. 2018). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler bei höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zwischen Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: In Thüringen leben zwar insgesamt ca. 1,8 Millionen Wahlberechtigte, aber tatsächlich ist es ausreichend, nur knapp über 1.000 Personen zu befragen. Wichtig ist, dass die Stichprobe die Zusammensetzung der Wahlbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße maßstabsgetreu widerspiegelt. Dann kann von Repräsentativität ausgegangen werden. Repräsentativität bedeutet, dass die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt. Dies erlaubt es, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe (also den gemeinhin ca. 1.000 zufällig ausgewählten befragten Personen) auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern. Bei dieser Verallgemeinerung (dem sogenannten „*inferenzstatistischen Schluss*“) handelt es sich immer um eine Schätzung. Für eine möglichst genaue Schätzung sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen Stichproben mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. Eine wesentlich größere Stichprobe wäre teurer, würde aber in statistischer Hinsicht kaum genauere Aussagen ermöglichen. Nähere Angaben zur Stichprobenziehung finden sich in Anhang 3: „Methodik des Thüringen-Monitors“.

Zusammenhang, bivariater: vgl. Korrelation

Literaturempfehlungen zu Quantitative Methoden/Statistik:

- Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. 11. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bortz, Jürgen / Schuster, Christof (2016): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: Springer.
- Diaz-Bone, Rainer (2019): Statistik für Soziologen. 5. Auflage. Konstanz: UVK.
- Gehring, Uwe W. / Weins, Cornelia (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. 5., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hunsicker, Stefan / Schroth, Yvonne (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 2 – April 2014. Mannheim.
- Kuckartz, Udo, / Rädiker, Stefan / Ebert, Thomas / Schehl, Julia (2013): Statistik. Eine verständliche Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Schnell, Rainer, Hill, Paul B. / Esser, Elke (2018): Methoden der empirischen Sozialforschung. 11., überarbeitete Auflage. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Tausendpfund, Markus (2018): Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Tausendpfund, Markus (Hrsg.) (2020): Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer VS.
- Völkl, Kerstin / Korb, Christoph (2018): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler. Wiesbaden: Springer VS.
- Wolf, Christof / Best, Henning (Hrsg.) (2010): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bisherige Thüringen-Monitore

- THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.
- THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970.
- THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.
- THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.
- THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.
- THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.
- THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.
- THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.
- THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.
- THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.
- THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.
- THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.
- THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.
- THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2016: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989.
- THÜRINGEN-MONITOR 2017: Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.
- THÜRINGEN-MONITOR 2018: Heimat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383.
- THÜRINGEN-MONITOR 2019: Gesundheit und Pflege in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/46.

THÜRINGEN-MONITOR 2020: Die Corona-Pandemie in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/3054.

THÜRINGEN-MONITOR 2021: Demokratie in der Corona-Pandemie: Drucksache des Thüringer Landtags 7/4518.

THÜRINGEN-MONITOR 2022: Politische Kultur in Stadt und Land: Drucksache des Thüringer Landtags 7/8028.

THÜRINGEN-MONITOR 2023: Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel: Drucksache des Thüringer Landtags 7/9852.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <https://thueringen.de/regierung/th-monitor> abrufbar.